

GEW

EuWiS

Juli | August 2020

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB



BERUFLICHE BILDUNG

BILDUNG. WEITER DENKEN!



04

Thema: Berufliche Bildung

Editorial 03

Thema: Berufliche Bildung 04

- 04 Kaufmännische Bildung
Situation, Problemfelder und Perspektiven der kaufmännischen beruflichen Bildung
- 06 Was kommt nach der Schule?
Wie sich Jugendliche mit Hauptschulbildung auf den Übergang in die Ausbildung vorbereiten
- 08 Chancen nutzen im neuen Übergangssystem
- 10 Konfuzius und die Lehrwerkmeister
- 11 HAB – Berufsfachschule für Haushaltsführung und ambulante Betreuung
Quo vadis?
- 13 Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung
- 15 Berufliche Bildung im Aufbruch

Jugendhilfe & Soziale Arbeit 16

16 Bildungsgerechtigkeit zu Corona-Zeit aus diskriminierungskritischer Perspektive

Schule 18

18 Bildung für Zukunft
Saarländischer Schulpreis 2020/2021

Gewerkschaft 21

21 Tag der Befreiung – 8. Mai
22 GEW aktiv vor Ort

Zu guter Letzt ... 23



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
Telefon: 0681 / 66830-0,
Telefax: 0681 / 66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
Internet: http://www.gew-saarland.de

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 09.00 - 16.00 Uhr,
Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
Tel.: 0681 / 66830-13,
E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Max Hewer, Tel.: 0176 / 30456396
E-Mail: m.hewer@gew-saarland.de

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Susanne Bleimehl
Tel.: 0170 / 9655772
E-Mail: susannebleimehl@gmail.com

Redaktionsschluss

05.08.2020
(September-Ausgabe)

07.09.2020
(Oktober-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
Tel.: 0681/66830-0, Fax: 0681/66830-17
info@gew-saarland.de

Redaktion
Matthias Römer
redaktion@gew-saarland.de
Thomas Bock,
Dr. Judith Frankhäuser,
Anna Halbenteufel,
Helmut Stoll

Anzeigenverwaltung
Andreas Sánchez Haselberger
a.sanchez@gew-saarland.de

Layout
Bärbel Detzen
b.detzen@gew-saarland.de

Druck
COD Büroservice GmbH
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
Telefon: 0681/393530, info@cod.de

Bildnachweis
u.a. 123rf.com, GEW-Archiv, privat

Titelfoto
123rf.com/@ismagilov

Die Redaktion behält sich bei Beiträgen und Leserbriefen Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar und stehen in der Verantwortung des Autors.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

nicht nur bei Gesprächen über Schulformen im Saarland drängt sich der Gedanke auf, die Beruflichen Schulen fristeten ein Schattendasein in der deutschen Schullandschaft. Sowohl Schülern, Eltern als auch Lehramts-Studenten sowie Lehrern anderer Schulformen scheint zum Thema „Berufsbildende Schulen“ nicht viel einzufallen: Nachhilfe ist hier dringend vonnöten! Denn obschon es im gesamten Saarland 20 berufsbildende Schulen gibt – neben 60 Gemeinschaftsschulen, 35 Gymnasien und einer Vielzahl anderer Schulformen –, wissen die wenigsten etwas über diese besondere Schulform, die so viel mehr ist als eine reine „Berufsschule“, welche ausbildungsbe-

gleitend im dualen System durchlaufen werden muss von denjenigen, die Friseure, Zahn-techniker oder Industriemechaniker werden wollen.

Jens Ludwig beleuchtet im Thema einleitend „Situation, Problemfelder und Perspektiven der kaufmännischen beruflichen Bildung“, bevor Carsten Kohlberger einen Überblick über das sogenannte „Übergangssystem“ und seine anstehenden Neuerungen gibt: Da das bestehende System im Übergangsbereich nämlich bereits seit Jahrzehnten in seinen Grundzügen unverändert existiert, jedoch den veränderten Bedingungen der Lebens- und Berufswelt Rechnung getragen werden soll, ist ein Reformansatz notwendig geworden. Zum nächsten Schuljahr 2020/21 wird demnach eine Reform sowie Straffung des bisherigen Systems umgesetzt. Zielsetzungen sind hierbei u.a. eine umfassendere Berufsorientierung, eine zielgerichtete Ausbildungsvorbereitung und der bessere Einstieg in die Berufswelt.

Wie es konkret um die Situation, aber auch die Problemfelder und Desiderata in der „HAB-Berufsfachschule für Haushaltsführung und ambulante Betreuung“ aussieht, erläutern fachkundig Claudia Forster-Bard und die GEW-Landesvorsitzende Birgit Jenni.

Um eine grundsätzlich gleichwertige Anerkennung von beruflicher gegenüber allgemeiner Bildung kämpft Klaus Graus in seinem Artikel – konkrete Forderungen zur Umsetzung inklusive. Die Berufsschullehrerin Kathrin Albrecht gibt unter der Überschrift „Berufliche Bildung im Aufbruch“ Einblick in die Problematik von digitalem Unterricht in Zeiten von Corona an den beruflichen Schulen; hierbei geht sie insbesondere auf die ungleiche technische Ausstattung bei Schüler*innen und die gestiegene Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ein.

Unter der Rubrik „Schule“ informiert Bernhard Strube über den nun bereits zum achten Mal durch die Stiftung Demokratie Saarland und die Landeselterninitiative für Bildung ausgeschrieben „Saarländischen Schulpreis“, der gute Praxis von Schulen bei ganzheitlicher Schul- und Unterrichtsentwicklung (Hauptpreis), aber auch besondere Profile im Rahmen dieser Entwicklung (Sonderpreise) auszeichnet.

Ich wünsche allen eine informative Lektüre und eine entspannte Sommer-Urlaubs- und Ferienzeit! ■

Judith Frankhäuser-Kandler

ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
print@cod.de www.cod.de

dass es ein Bestehen im späteren Berufsleben höchstwahrscheinlich macht und weiterer beruflicher Aufstieg möglich ist. Mit beruflichem Aufstieg gehen schließlich auch bessere Verdienstmöglichkeiten einher.

Je mehr Fähigkeiten innerhalb einer Ausbildung erworben wurden, desto eher wird beruflicher Aufstieg durch eine Ausbildung möglich und desto konkurrenzfähiger wird sich die duale Ausbildung langfristig gegenüber einem Studium entwickeln. Um Abbrecherquoten im Bereich der dualen Ausbildung zu reduzieren, muss sicherlich an verschiedenen Punkten angesetzt werden. Hier sind alle dualen Ausbildungspartner gefragt, ihren Anteil zur Verbesserung des Ausbildungserfolges beizutragen. Dies kann beispielsweise durch eine bessere Ausbildungsbegleitung, kleinere Klassen, individuellere Förderungen usw. geschehen.

Speziell im schulischen Bereich sollte der Grundsatz verfolgt werden, dass die Erteilung eines Schulabschlusses immer mit einer grundsätzlichen Ausbildungsfähigkeit der jeweiligen Schüler*innen einhergeht. Sofern dies nicht der Fall ist, besteht die Gefahr, dass die Schüler*innen mit einem Arbeitsmarkt konfrontiert werden, dem sie nicht gewachsen sind und unerwünschte Folgen wie ein Ausbildungsabbruch auftreten. Ein Schulabschluss, der ohne grundsätzliche Sicherstellung einer Berufsfähigkeit vergeben wird, entwertet sich langfristig selbst, so wie es beim Hauptschulabschluss, insbesondere in Bezug auf das Erlernen kaufmännischer Ausbildungsberufe, schon länger zu beobachten ist.

Insgesamt sollte in einem Bildungssystem nicht der Abschluss an sich und die darin er-

teilten Noten im Vordergrund stehen, sondern die erreichten Qualifikationen. Schließlich ist es nicht die sehr gute oder gute Note, die den jungen Menschen im Berufsleben langfristig weiterhilft, sondern die im Schulsystem erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen.

3.2 Digitalisierung

Um die beschriebenen digitalen Kompetenzen im Schulsystem zu stärken, sind neben einer besseren Ausstattung der Schulen, die durch den Digitalpakt zurzeit im Gange ist, weitere Schritte nötig. Wichtig ist auch die Ausstattung der Schulen mit entsprechender berufsspezifischer Software sowie die langfristige Sicherstellung der Wartung und Pflege angeschaffter Gegenstände.

Gerade in der kaufmännischen Bildung ist es wichtig, dass die Schüler*innen den Umgang mit den vielfältigen praxisrelevanten Programmen erlernen und darin geschult werden. Dies setzt allerdings angemessene zeitliche und personelle Ressourcen voraus. Ein nutzbringender, praxisnaher Unterricht mit einschlägiger Software ist sehr anspruchsvoll und bedarf eines hohen Vorbereitungsaufwandes und auch einer permanenten Weiterbildung der unterrichtenden Kolleg*innen. Im Rahmen einer angestrebten Berufsbildung 4.0 ist nicht die Anschaffung von Endgeräten, sondern vielmehr der situationsgerechte Einsatz im Unterricht der entscheidende Punkt.

3.3 Lernfelddidaktik vs. Fachsystematik

Damit Lehrkräfte die handlungsorientierten Lernfelder angemessen vermitteln können, ist auch in der kaufmännischen Bildung einschlägige Berufserfahrung notwendig. Kaufmänni-

sche Berufe unterscheiden sich inhaltlich teilweise sehr stark. Die Tatsache, dass viele Studierende ein recht allgemeines wirtschaftswissenschaftliches Studium absolviert haben, später in der Berufsschule teilweise recht spezielle wirtschaftswissenschaftliche Inhalte vermitteln und diese in einem betrieblichen Prozess unterrichten sollen, stellt eine beachtliche Herausforderung dar. Neben der bereits erwähnten einschlägigen Berufserfahrung, die insbesondere für das Unterrichten in Lernfeldern relevant ist, sollte auch ein besonderes Augenmerk daraufgelegt werden, im Studium möglichst viele praxisnahe Inhalte durchzunehmen. Neben einer stärkeren Fokussierung auf klassische wirtschaftswissenschaftliche Fachinhalte (z. B. Buchführung, Controlling, Steuern, Marketing), wäre ein Ausbau der fachdidaktischen Lehrveranstaltungen unter Betreuung unterrichtender Lehrkräfte ein weiterer wichtiger Ansatz.

Ebenso erscheint es äußerst wichtig, dass im Vorbereitungsdienst und in den ersten Dienstjahren ein ausreichendes Maß an Ressourcen bereitgestellt wird, sich ausgehend von den recht allgemeinen wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnissen des Studiums, in die jeweiligen, teilweise recht speziellen, Berufsfelder angemessen einzuarbeiten. Nur wenn durch Ausbildung, Studium und Vorbereitungsdienst entsprechende Kompetenzen aufgebaut werden, wird es zukünftigen Lehrkräften gelingen, sich in lernfeldorientierten Lehrplänen zurecht zu finden, ohne gleichzeitig an der Vermittlung von Fachinhalten zu sparen. ■

Jens Ludwig

den Übergangsplänen von Schülerinnen und Schülern nicht-gymnasialer Schullaufbahnen, insbesondere jedoch unter Hauptschülerinnen und -schülern, in wachsendem Maße ab. Hintergrund dieser Entwicklung ist eine Reihe struktureller Öffnungen im Bildungssystem, die diesen Weg für Jugendliche zu einem so späten Zeitpunkt ihrer Schullaufbahn überhaupt passierbar machen. Sie führten zum einen zu einer Entkopplung von Schulform und Schulabschluss, zum anderen zu einer stärkeren Verzahnung von allgemeinbildendem und beruflichem Bildungssystem einschließlich der Bildungsgänge des Übergangssektors.

Beim weiteren Schulbesuch geht es vor allem darum, den Schulabschluss nachzuholen oder einen höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. Insgesamt können sich 70 Prozent aller Anfängerinnen und Anfänger der Bildungsgänge des Übergangssektors vorstellen, ihren Schulabschluss im Verlauf ihrer Teilnahme zu verbessern; dies gelingt jedoch nur einem knappen Viertel der Teilnehmenden. Darüber hinaus ist anzumerken, dass junge Frauen eher am höheren Schulabschluss interessiert und auch motivierter sind, ihre Absicht umzusetzen. Zusammengefasst sprechen die Befunde dafür, dass der Wunsch nach Fortsetzung der schulischen Laufbahn eher durch typische Momente sozial ungleicher Bildungsbeteiligung geprägt wird als von schulischen, ggf. auch privat organisierten Unterstützungsangeboten.

Hier spiegelt sich die entscheidungstheoretische Konstellation einer Entscheidungssituation unter Unsicherheit wider, wie sie für Berufswahlprozesse typisch ist. Wenn die Jugendlichen (noch) keine Berufswahlpräferenzen entwickelt haben, ist es für sie zunächst rational, eine sogenannte „Optionswahl“ zu ergreifen – d. h. sie wählen diejenige Anschlussoption, die für sie die meisten Optionen für die spätere Berufsbiografie mit sich bringt –, welche beruflichen Ziele dies dann auch immer sein mögen. Somit wird hier mit dem anschließenden Schulbesuch die rationale Vergrößerung des späteren Aktionsraumes an verfügbaren berufsbiografischen Handlungsalternativen verfolgt.

Berufswahl

Aus den von den befragten Schülerinnen und Schülern genannten Präferenzen der Ausbildungsberufe geht einerseits hervor, dass bei den männlichen Jugendlichen nach wie vor Handwerksberufe häufig nachgefragt werden. Auch deutet die weiterhin hohe Beliebtheit der Einzelhandelskauffrau bzw. des Einzelhandelskauffraus auf die vorgezeichnete

Ausübung von Dienstleistungsberufen im Niedriglohnssektor hin, wobei sich geringe Bildungsvoraussetzungen in prekär entlohnte Beschäftigungsverhältnisse zu verfestigen drohen. Zudem kann bei den weiblichen Befragten über die letzten Jahre offenbar eine starke Hinwendung zu Sozial- und Gesundheitsberufen beobachtet werden – eine Entwicklung, die auf die besseren Zugangs- und Verbleibschancen in diesen Berufsrichtungen für Absolventinnen und Absolventen mit niedrigen Schulabschlüssen verweist. Insgesamt besticht der Befund, dass sich die Berufswünsche der jungen Frauen deutlich stärker auf wenige Berufe konzentriert, während das Berufswahlspektrum der jungen Männer sichtbar ausdifferenzierter ist. Hier ist zu vergegenwärtigen, dass sich die Berufswahl von Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss auf wenige Berufe beschränkt. So sind es realiter bei den jungen Männern lediglich etwa 40 Berufe und bei den jungen Frauen sogar nur etwa 25. Innerhalb beruflicher Selektionsprozesse haften den verschiedenen Optionen historisch überlieferte, geschlechterbezogene Zuschreibungen an. So ist die erstere Berufsgruppe (naturwissenschaftlich-technische Berufe) klar männlich dominiert, während die letztere in hohem Maße als feminisiert (Gesundheits- und Sozialberufe) gilt. Gleichzeitig sind jedoch naturwissenschaftlich-technische Berufe für Frauen wesentlich unzugänglicher, als dies für Männer in Gesundheits- und Sozialberufen zutrifft, da gerade bei den ersteren enorm verfestigte Rollenbilder bestehen, die Frauen geringere Kompetenzen in diesen Bereichen zuschreiben.

Es zeigt sich beispielsweise, dass extrinsische Berufswahlmotive, vor allem unter Migrantinnen und Migranten, eine große Rolle spielen und sich die geäußerten Berufswahlpräferenzen der Jugendlichen noch immer in hohem Maße an geschlechterspezifischen Rollenerwartungen orientieren. Beides kann als Ausdruck eines eher konventionellen Berufswahlmusters gedeutet werden.

Schullaufbahn

Im Hinblick auf die Schullaufbahn von Hauptschülerinnen und Hauptschülern wurde deutlich, dass diese Jugendlichen, die als Bildungsverliererinnen und -verlierer und als nicht sonderlich an Bildung Interessierte gelten, zu einem beträchtlichen Teil bereit sind, noch vor Aufnahme einer beruflichen Ausbildung ihren Schulabschluss zu verbessern. Jenseits der Frage, ob sich diese Investition in mehr Bildungszeit für sie letztlich lohnt, zeigt dies einmal mehr, wie unberechtigt solche Vorbehalte sind. Sichtbar wurde zudem, dass

die strukturellen Entkopplungen von Bildungsgängen und Abschlüssen mit sozialen Selektionsprozessen einhergehen. Dabei bleiben die transitorischen Potenziale schulischer Sozialbeziehungen und schulischer Förderung insbesondere beim angestrebten Erwerb des mittleren Schulabschlusses vielfach unausgeschöpft.

Zusammenschau

In der Zusammenschau der dargestellten Befunde muss konstatiert werden, dass die befragten Jugendlichen dem bevorstehenden Übergang in weiterführende Bildung und Arbeitswelt in doppelter Hinsicht mit schwierigen Startvoraussetzungen entgegengehen. Einerseits befinden sie sich am unteren Rand eines abwärts gerichteten schulischen Selektionsprozesses, der sie lediglich mit niedrigen Bildungsvoraussetzungen entlässt. Hier müssen sie mit einer größer werdenden Gruppe von Jugendlichen mit höheren und mittleren Bildungsabschlüssen um begehrte Ausbildungs- und später Arbeitsplätze konkurrieren. Andererseits können sie nur eingeschränkt auf sozio-ökonomische Unterstützungsressourcen, etwa ihrer Herkunftsfamilie, zurückgreifen, um die dort anstehenden besonderen Herausforderungen bei der Bewältigung des Übergangs in Ausbildung und Beruf zu meistern. Im weiteren Verlauf der Beobachtung der Karrierewege dieser Jugendlichen in weiteren Erhebungswellen bleibt abzuwarten, inwiefern ihnen dennoch eine erfolgreiche Platzierung am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gelingt und welche Umwege bzw. beruflichen Konzessionen sie dabei ggf. in Kauf nehmen müssen. ■

(red.)

Den Bericht kann man unter https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2018/WEB_DJI_WaskommtnachderSchule.pdf downloaden.

Was kommt nach der Schule?

Wie sich Jugendliche mit Hauptschulbildung auf den Übergang in die Ausbildung vorbereiten – Daten aus dem Übergangspanel II des Deutschen Jugendinstituts e. V. (2017)

Im Übergangspanel II werde Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss aus Hauptschulen bzw. aus Schulen mit Hauptschulzügen und vergleichbaren Bildungsgängen zu mehreren Erhebungszeitpunkten befragt, um deren ursprüngliche Pläne und Voraussetzungen, ihre Übergangsbemühungen sowie ihren nachschulischen Verbleib abbilden zu können. Dabei stehen u.a. folgende Forschungsfragen im Mittelpunkt:

■ Welche Anschlusspläne verfolgen die Jugendlichen für die Zeit nach der Schule, und welche Rolle spielen dabei Unterstützungsinstanzen des sozialen Nahraums sowie institutionelle Akteure?

■ Wie gestalten sich die Übergangswegen für die Schulabsolvent/innen angesichts neuer Rahmenbedingungen auf dem Ausbildungs- und Erwerbsmarkt?

■ Mit welchen psychosozialen Belastungen müssen die Jugendlichen dabei umgehen und wie bewältigen sie diese?

Die Wege in die Erwerbsarbeit dauern länger und sind für Jugendliche und junge Erwachsene in den letzten Jahren unübersichtlicher geworden. Allerdings scheint dies ein Ausdruck neuer Normalität zu sein. Zwischenschritte, Auszeiten und Phasen der (Um-

)Orientierung gehören für einen nicht unerheblichen Teil der Jugendlichen zum Übergang Schule – Beruf dazu. Allerdings gab es lange Zeit keine entsprechenden Befunde für die Gruppe der sogenannten benachteiligten Jugendlichen, also vor allem derjenigen, die mit fehlenden oder niedrigen Schulabschlüssen den Übergang bewältigenmüssen.

Weitere schulische Bildung

Inzwischen möchten recht viele Jugendliche anstelle einer beruflichen Ausbildung zunächst weiter zur Schule gehen. Seit den 1990er Jahren zeichnet sich dieser Wunsch in



Chancen nutzen im neuen Übergangssystem

Die Schüler*innen fit bekommen für die Berufsausbildung – das soll an den beruflichen Schulen ab dem kommenden Schuljahr im neugestalteten Übergangssystem gelingen. Kann dieses Ziel erreicht werden? Eine Bestandsaufnahme.

Bisheriges System

Das Übergangssystem an den beruflichen Schulen zählt zu den Kernaufgaben beruflicher Bildung. Es bestand im Saarland bislang aus dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), dem Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), der Berufsgrundschule (BGS) für den Erwerb des Hauptschulabschlusses sowie den zweijährigen Berufsfachschulen, die zum Mittleren Bildungsabschluss führten.

Neues System

Ab dem kommenden Schuljahr tritt das neue Übergangssystem (BQ) in Kraft, das zwei neue Schulformen vorsieht:

- 1) die einjährige Ausbildungsvorbereitung (AV) und
- 2) die zweijährige Berufsfachschule (BFS I und II) (siehe Abbildung).

Schüler*innen der Regelschulformen ohne Hauptschulabschluss besuchen ab sofort die AV, in der sie ohne Abschlussprüfung den Hauptschulabschluss erwerben können. Lernende mit Hauptschulabschluss besuchen direkt die BFS I. Um in die BFS II versetzt zu werden, wird künftig ein Notendurchschnitt in den Hauptfächern benötigt. Wird dieser nicht erreicht, können die Betroffenen die BFS I einmalig wiederholen oder müssen die Schule verlassen.

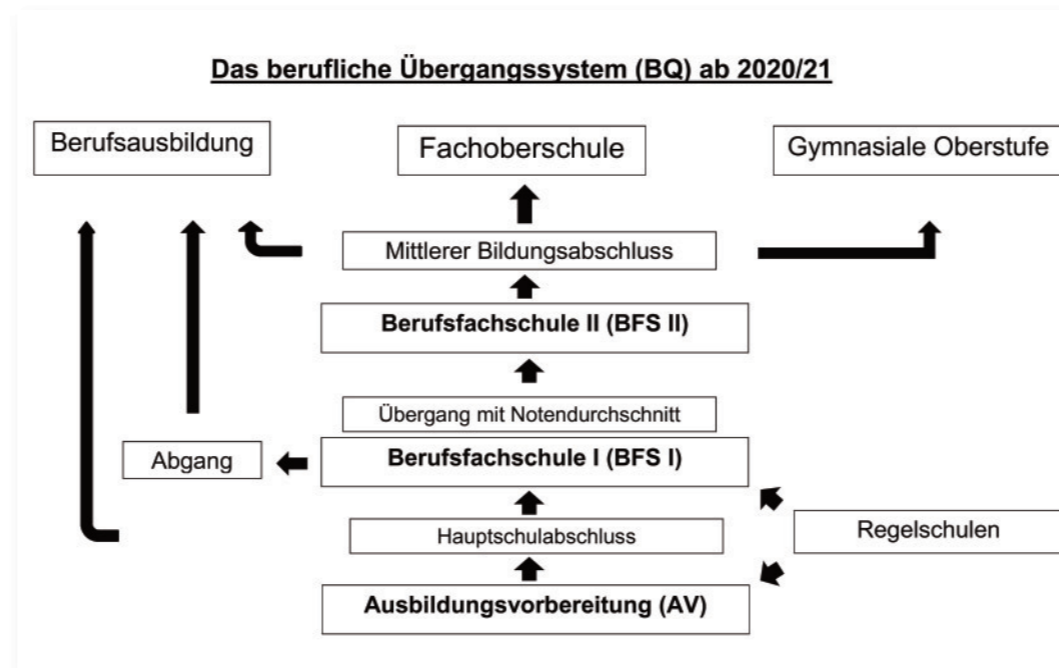
Die Berufsfachschulen können jeweils in den drei Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik sowie Gesundheit und Soziales besucht werden. In der AV finden je drei zweiwöchige Praktika statt. In der BFS I absolvieren die Schüler*innen entweder ein Jahrespraktikum an einem Tag pro Woche, oder zwei vierwöchige Blockpraktika in einem Betrieb.

Neben den erwähnten Fachbereichen werden auch weiterhin die Berufsfachschulen für Kinderpflege (KI) und für Haushaltsführung und ambulante Betreuung (HAB) angeboten. Diese Schulformen können nach der BFS I besucht werden.

Besonderheiten: Das BQ-System sieht einige Neuerungen vor. Das Lehrplankonzept umfasst einen berufsbezogenen (in der jeweiligen beruflichen Fachrichtung), einen berufsübergreifenden (allgemeinbildende Fächer) und einen unterstützenden Bereich (individuelle Lernbegleitung). Die Systematik hebt den Fokus auf der Berufsvorbereitung der Bildungsgänge im neuen System hervor, ohne jedoch die Allgemeinbildung zu vernachlässigen. Die allgemeinbildenden Fächer sollen sich künftig vor allem in AV und BFS I stärker auf tatsächlich in den Berufen benötigte Kompetenzen fokussieren. Neu ist auch, dass im Rahmen der individuellen Lernbegleitung den Schüler*innen unterstützende Angebote außerhalb der traditionellen Fachcurricula gemacht werden. Die Praktika sollen eine enge Verzahnung der Schulform mit der Berufswelt gewährleisten.

Herausforderungen: Die wichtigste Herausforderung im neuen Übergangssystem wird sein, die Vielzahl an Schüler*innen mit Bedarf an besonderer pädagogischer Unterstützung optimal zu fördern und fit für die Ausbildung zu machen oder zum Mittleren Bildungsabschluss zu führen. Die Heterogenität unter den Lernenden wird groß sein. In der AV werden viele Schüler*innen beschult werden, welche aus unterschiedlichen Gründen die Gemeinschaftsschule ohne Abschluss verlassen und ihre Berufsschulpflicht noch nicht erfüllt haben. Nicht selten wird der Anteil förderbedürftiger Schüler*innen hoch sein, darunter Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit gesundheitlichen und psychischen Problemen, traumatisierte Jugendliche oder solche aus strukturschwachen Familien. Sowohl in der AV als auch in der BFS werden Lernende zusammen beschult werden, die noch nicht über die notwendigen Kompetenzen zur Aufnahme einer Berufsausbildung verfügen. Die Förderbedarfe gestalten sich dabei individuell unterschiedlich. Neben Sprachförderangeboten sollte der Fokus auch auf der Ausbildung personaler und sozialer Kompetenzen liegen.

Ziele: Neben der Vermittlung von beruflichen, berufspraktischen und allgemeinbildenden Inhalten wird im neuen System vor allem die pädagogische Arbeit mit den Schüler*innen im Mittelpunkt stehen. Ausdruck hierfür ist die hohe Gewichtung des individuellen Lernbereichs, der mit sechs (AV) bzw.



vier (BFS I und II) Wochenstunden im Übergangsbereich vorgesehen sein wird. Für den Erfolg des Systems wird entscheidend sein, inwiefern die eingesetzten Lehrkräfte Ressourcen zur Verfügung haben werden, um einen angemessenen Umgang mit Heterogenität im Unterricht durch Beziehungsarbeit und individuelle Lernangebote zu gewährleisten. Ein inklusiver Unterricht wird diejenigen Schüler*innen begünstigen, die nicht selten bereits Erfahrungen des Scheiterns erleben mussten. Ihnen soll ein Gefühl der Selbstwirksamkeit vermittelt werden. Das wichtigste Ziel wird also sein, an den beruflichen Schulen für die Lernenden im Übergangsbereich einen geschützten Raum zu schaffen, in dem die Vermittlung berufsbezogener Kompetenzen, Allgemeinbildung und die Ausbildung der Personal- und Sozialkompetenz Hand in Hand gehen. Die Berufsorientierung spielt dabei eine herausgehobene Rolle.

Chancen

Zeit für Beziehungsarbeit und individuelle Förderung

Gerade in diesem Aspekt liegt ein starker Mehrwert im neuen System. Im Zuge der individuellen Lernzeit erhält die Beziehungsarbeit einen institutionellen Rahmen. Diese Stunden bieten die Möglichkeit, über Beziehungsarbeit zwischen Klassenlehrkraft und Lernenden auf individuelle Bedürfnisse viel stärker als bisher einzugehen. Auch können hier über spezielle Angebote, wie z. B. berufsbezogene Projektarbeit, Erlebnis- oder Demokratiepädagogik usw. bisherige Unterrichtsstrukturen aufgebrochen werden, um die Personal- und Sozialkompetenz der Lernenden zu fördern und Selbstwirksamkeitserlebnisse zu generieren.

Beruflichkeit im Fokus

Die Ausrichtung des beruflichen Übergangssystems auf die Aufnahme einer Berufsausbildung zeigt sich in den neuen verpflichtenden Praktika, die außerhalb der Schule zeitlich und inhaltlich am tatsächlichen Berufsalltag orientiert sein sollen. Darüber hinaus zeigt sich der Fokus auf der Aufnahme einer Berufsausbildung auch in den neuen Lehrplänen, die sich stark an der Lernfelddidaktik orientieren und fächerübergreifende Inhalte sowie Allgemeinbildung nicht vernachlässigen. Gerade die stärkere Berufsorientierung und die Praktika können dazu führen, viele Lernende passgenau in Ausbildung zu bringen.

Risiken

Die Heterogenität aus Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf, solchen mit Migrationshintergrund, mit Sprachproblemen, traumatisierten Jugendlichen und Lernenden aus strukturschwachen Familien stellt die Kolleg*innen vor Ort vor große Herausforderungen. Gerade die intendierte verstärkte individuelle Förderung muss hierbei ernst genommen werden und kann durch kleine Lerngruppen erreicht werden. Die individuelle Lernzeit darf nicht nur für die Bearbeitung von Formalia geopfert werden, sondern muss Raum für Beziehungsarbeit und pädagogische Konzepte bieten. Auch die räumlichen Gegebenheiten müssen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Es muss eine Wohlfühlatmosphäre vorherrschen mit offenen, modernen Raumkonzepten und digitaler Ausstattung.

Weniger Entwicklungszeit und Hürden

Die Verweildauer im beruflichen Über-

gangssystem wurde durch den Wegfall des BGJ bzw. der BGS um ein Jahr verkürzt. Hier ist die Gefahr groß, dass den Schüler*innen Entwicklungszeit fehlt, die Ausbildungsreife in dem einen Jahr AV bzw. BFS I zu erlangen. Gerade der erforderliche Notendurchschnitt in die BFS II erzeugt bei vielen Lernenden psychischen Druck und Frustrationspotenzial.

Viele Betroffene, denen der Übergang in die BFS II nicht gelingt bzw. auch nach einer Wiederholung der BFS I nicht gelingt, machen hierbei die Erfahrung persönlichen Scheiterns, viele von ihnen nicht zum ersten Mal in ihrem Leben. Aufgrund der kürzeren Verweildauer in der Ausbildungsvorbereitung (AV) ist zu befürchten, dass viele Schüler*innen nach der BFS I abgehen, ohne die für die Aufnahme einer Berufsausbildung notwendigen persönlichen Voraussetzungen zu erfüllen. Nicht zuletzt erfordert die Integration von Geflohenen und Zugewanderten große Anstrengungen von den Betroffenen und den Lehrkräften, vor allem zeitliche Ressourcen.

Praktika

Die neuen verpflichtenden Praktika in der BFS I verursachen einen hohen Bedarf an adäquaten Praktikumsplätzen in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Verwaltung sowie Gesundheit und Pflege. Gerade in Zeiten der Corona-Krise darf bezweifelt werden, dass hier eine ausreichende Menge an Praktikumsplätzen zur Verfügung stehen wird. Auch für Lernende, die noch nicht über die notwendigen Kompetenzen verfügen, das Praktikum erfolgreich zu absolvieren, müssen Unterstützungsangebote an den Schulen vorgehalten werden. Dies kann z. B. über bewährte Unterrichtsformate der erfahrenen Praxislehrkräfte erfolgen. Auch wird viel von einer engmaschigen Betreuung der Praktika abhängen, um hier Erfolge zu erzielen. Dies benötigt Ressourcen in Form von Lehrerstunden und eine ausreichende Zahl an Sozialpädagog*innen an den Standorten.

Fazit

Das neue berufliche Übergangssystem beinhaltet eine Reihe von Möglichkeiten, die Lernenden an den beruflichen Schulen künftig besser auf die Herausforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten und ihnen die nötigen Kompetenzen zur Bewältigung einer Berufsausbildung mit auf den Weg zu geben. Auf der anderen Seite benötigen die beruflichen Schulen jedoch auch die erforderlichen Ressourcen, um das System mit Leben zu füllen und gute Bildung zu gewährleisten:

■ Multiprofessionelle Teams: Die große Heterogenität der Schülerschaft im Übergangsbereich stellt die größte Herausforde-

rung der Reform dar. Hier werden Teams aus Experten benötigt. Denkbar wären Teams aus Berufsschullehrkräften, Förderlehrkräften, Sozialpädagog*innen, Praxislehrkräften, Psycholog*innen, Erzieher*innen, Krankenpflegekräften etc. Nur durch Kooperation kann den individuellen Bedürfnissen der Lernenden Rechnung getragen werden.

■ Raumkonzepte und Schulgebäude: Schüler*innen des Übergangsbereichs sollen sich in der Schule wohlfühlen. Sie sollen angemessene, gemütliche Räumlichkeiten vorfinden sowie ein Umfeld, in dem sie sich willkommen fühlen und in dem Lernen Spaß macht.

■ Schulausstattung: Die digitale Ausstattung ist an vielen Standorten nicht hinreichend entwickelt. Hier muss nachgesteuert werden. Ziel muss es sein, dass jeder Klassensaal über funktionierende digitale Medien verfügt und alle Schüler*innen funktionierende Endgeräte besitzen, um chancengleich am Unterricht partizipieren zu können und ihre digitalen Kompetenzen weiterzuentwickeln.

■ Entwicklungszeit: Beziehungsarbeit zwischen Kolleg*innen und Schüler*innen benötigt Zeit. Da die Verweildauer an dem System zwischen einem und drei Jahren beträgt, darf bezweifelt werden, ob diese in allen Fällen adäquat gewährleistet werden kann. Deshalb sollte es grundsätzlich möglich sein, auch bei bereits erfüllter Berufsschulpflicht auch ein zweites Mal die AV oder in begründeten Fällen auch die BFS I wiederholen zu können.

■ Personelle Ressourcen: Im neuen Übergangssystem sollten Team-Strukturen, pädagogische Konzepte sowie individuelle Beratung, Berufsorientierung und Bildungswegeberatung an der Tagesordnung sein. Hierzu werden zusätzliche Lehrerstunden benötigt. Zu einer angemessenen individuellen Förderung unabdingbar sind zudem kleine Lerngruppen. ■



Carsten Kohlberger
Co-Vorsitzender
Fachgruppe Berufliche
Schulen

Konfuzius und die Lehrwerkmeister

Claudia Forster-Bard ist seit 2016 als Lehrwerksmeisterin am BBZ St. Wendel beschäftigt. Sie ist seit mehr als 30 Jahren staatl. geprüfte Oecotrophologin. Zusätzlich qualifiziert ist sie durch die sonderpädagogische Zusatzausbildung und als Familienbegleiterin mit HOT-Zertifikat®. Sie arbeitet in der Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW und im Kreisverband Blies mit.

Die zahlenmäßig größte Gruppe der Lehrkräfte an beruflichen Schulen ist die der Berufsschullehrer*innen für Fachtheorie und allgemeinbildende Fächer, deren genaue Bezeichnung (Lehramt an beruflichen Schulen, Diplomhandelslehrer*in usw.) nach jeweiligem Landesrecht unterschiedlich ist. Sie haben ein Universitätsstudium und ein Referendariat absolviert. Lehrer*innen für Fachpraxis haben in der Regel einen berufsbildenden Abschluss (z.B. Meister, Techniker, Fachwirt). Quelle: bibb

„Sage es mir, und ich werde es vergessen...Zeige es mir, und ich werde es vielleicht behalten...Lass es mich tun, und ich werde es können.“ (Konfuzius)

Man könnte meinen, Konfuzius himself hätte das Konzept der beruflichen Bildung erfunden. Aber nein, der ganzheitliche Ansatz des Philosophen hatte eine lange Durststrecke zu überwinden, bis er sich im Bildungsansatz der 90er Jahre wiedergefunden hat. Mit der seit 1996 vorgeschriebenen Lernfeld-Orientierung für alle neu geordneten Berufe hat sich die Rolle der Lehrkräfte vom Wissensvermittler zum Bildungsbegleiter gewandelt.

Die Rolle des Bildungsbegleiters, aber auch des Lebensbegleiters, hat mich motiviert, vor ein paar Jahren von einer leitenden Position in einer sozialen Einrichtung an die berufliche Schule zu wechseln. Ich hatte das Gefühl, das es eine ideale Kombination ist, meine Leidenschaft für die hauswirtschaftliche Profession weiterzugeben und eine tolle Aufgabe, junge Menschen in einer wichtigen Übergangsphase zu begleiten. Diese Begeisterung ist geblieben. Die berufsbildenden Schulen stehen in herausragender Weise für die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems. Durch die Vielzahl der Bildungsgänge können Schülerinnen und Schüler Schritt für Schritt qualifizierte Bildungs- und Berufsabschlüsse erreichen. Auch

der Weg in eine akademische Laufbahn kann über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder über die Bildungsgänge in den beruflichen Schulen eingeschlagen werden. Die Vielfalt ist unsere Stärke, allerdings ist den wenigsten Schülern und Schülerinnen und ihren Eltern bewusst, wie viele Möglichkeiten die BBZ's im Anschluss an die allgemeinbildenden Schulen bieten. Wie sollen sie auch, wenn sogar die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen nicht immer über die Möglichkeiten an ihren eigenen Schulen informiert sind? Lust auf einen kleinen Selbsttest? Besuchen Sie mal die Homepage ihres nächstgelegenen Berufsbildungszentrums und informieren Sie sich über die Bildungswege. Die Chancen sind groß auf den ein oder andere Aha-Effekt! Arbeiten Sie an einer allgemeinbildenden Schule? Wie gut sind Kolleginnen und Kollegen über die Möglichkeiten an einem BBZ nach der 9. oder 10. Klasse informiert?

Gerne gehe ich auf die Rolle der Lehrwerksmeister und -meisterinnen und der Praxislehrer und -lehrerinnen ein. Ihr Einsatz erfolgt im sozialpflegerischen und technisch-gewerblichem Bereich mit 32 Wochenstunden selbstständiger Unterweisungstätigkeit in verschiedenen Schulformen. Ich selbst unterrichte in fünf verschiedenen Schulformen, nämlich im Berufsvorbereitungsjahr, in der Berufsgrundschule, in der Sozialpflegeschule, in der Fachschule für Sozialpädagogik und in der Berufsfachschule für Haushaltsführung und ambulante Betreuung. In diesen Schulformen unterrichte ich die Fächer „Berufspraktische Grundbildung, Verpflegung und Service“, „Hauswirtschafts-Praxis“, „Betriebsorganisation Praxis“, „Kreatives Gestalten“ und die Wahlpflichtfächer „Nachhaltige Bildung“ und „Alltagskompetenz“. Alle Fächer erfordern eine intensive Vorbereitung. Dazu gehört die didaktische Jahresplanung, die Vorbereitung der Unterrichtsstunden mit der Methode der vollständigen Handlung, die Beschaffung der Materialien und die Einteilung der Gruppen. Im eigentlichen Unterricht erlernen die SuS Fertigkeiten des jeweiligen Berufsbildes. Das fängt an beim Lesen und Verstehen einer Arbeitsanweisung oder eines Rezeptes, dem selbstständigen Vorbereiten des Arbeitsplatzes, der Durchführung bis hin zum unvermeidlichen Aufräumen und Saubermachen des Arbeitsplatzes. Durch all diese Tätigkeiten erlernen SuS Handlungskompetenz und ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit. Manchmal erleben sie auch ein gewisses Maß an Frustration, wenn es nicht auf Anhieb funktioniert oder die Aufgabe mehr Ausdauer oder Kon-

zentration verlangt als erwartet. Hier ist es unsere Aufgabe, mit viel Fingerspitzengefühl Fehlerquellen zu analysieren und unterstützend zu begleiten. In der Leistungsbewertung wird nicht nur die Qualität der erstellten Werkstücke, sondern auch das Arbeits- und Sozialverhalten erfasst.

Es hilft den SuS sehr, nicht nur die Einschätzung des Lehrers zu hören, sondern sich selbst und ihre Mitschüler einzuschätzen. Das verlangt von allen eine gute Beobachtungsgabe. Solch ein wertschätzendes Feedback muss von allen eingeübt werden. Oft mache ich die Erfahrung, dass SuS sehr selbstkritisch sind. Umso besser, wenn ihnen vor Augen geführt wird, was alles gut gelungen ist. Auch ein Lob durch die Mitschüler motiviert und stärkt.

Was unsere Schulform so einzigartig macht, ist die Verzahnung von Theorie und Praxis. Mit dieser Konstellation sind wir an den Berufsbildenden Schulen schon unser eigenes multiprofessionelles Team mit Lehrkräften der verschiedenen Fachrichtungen und den Praxislehrern. Leider wird dieses Potential oft viel zu wenig genutzt. Theorie und Praxis arbeiten nebeneinander her, statt miteinander. Eine echte Teamarbeit braucht Absprachen, Planung und eine Evaluation des gemeinsamen Weges. An den meisten Schulen fehlt dafür die Zeit, die notwendigen Strukturen und vielleicht auch der nötige Wille dazu. Dies ist schade, denn an Schulen, an denen diese Zusammenarbeit gelebt wird, erleben wir eine viel stärkere Motivation der Schüler und auch der Kolleginnen und Kollegen. Die Schüler und Schülerinnen erkennen somit einen roten Faden in den vermittelten Kenntnissen und Fertigkeiten und können das erworbene Wissen besser behalten und umsetzen.

Ab dem Schuljahr 2020/21 bekommt diese Zusammenarbeit einen extrem hohen Stellenwert. Das Schulordnungsgesetz gibt uns mit

der Reform des Übergangssystems den Auftrag, vorwiegend berufsbezogene Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten zu vermitteln und die vorher erworbene allgemeine Bildung berufsbezogen zu erweitern. Der Fokus liegt auf der Berufsorientierung und dem Kennenlernen verschiedener Berufsbilder. Welche Berufsbilder im Fach Berufliche Kompetenz angeboten und vermittelt werden, ist im Ansatz vorgegeben.

Jeder Schulstandort hat aber einen eigenen Gestaltungsspielraum, der sich auch an der Ausstattung der Schulen orientiert. Diese Berufsbil-

der spiegeln im besten Fall auch einen Bedarf am Arbeitsmarkt wider. Im Idealfall wurden die Schwerpunkte in Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen, den potenziellen Arbeitgebern und dem Schulteam festgelegt. Die Reform macht eine umfassende Öffnung der Schulen notwendig. Sowohl nach innen, indem fächerübergreifend und multiprofessionell geplant und gelehrt wird, als auch nach außen durch die Einbeziehung der Praktikumsbetriebe und der Arbeitsagentur.

Die Vermittlung berufspraktischer Kompetenzen wird durch die Lehrwerksmeister, Praxislehrer und Technischen Lehrer mit Leben gefüllt. Die Anforderungen an diese Gruppe hat sich in den letzten 15 Jahren rasant gewandelt. Ging es früher noch um Unterrichtsassistenten, so wird heute fast ausschließlich eigenverantwortlicher Unterricht durchgeführt. Entsprechend müssen die Unterrichtseinheiten nach didaktischen Maßstäben vorbereitet und durchgeführt werden. Digitale Medien sollten selbstverständlich und professionell eingesetzt werden. Auch eine gerechte und angemessene Leistungsbewertung wird erstellt und angewandt. Die Politik sollte diesen geänderten Anforderungen dringend Rechnung tragen. Mit dem höheren Vor-

bereitungsaufwand sollte die Unterrichtsverpflichtung von 32 auf 28 Wochenstunden reduziert werden; auch die Einstufung nach TV-L in die Besoldungsgruppe E9 sollte überdacht werden. Zurzeit besteht keine Möglichkeit, die Höhergruppierung in die E10 zu erreichen. Damit wird es in Zukunft schwierig werden, geeignete Fachkräfte anzuwerben. Ein Fachkräftemangel bei den Lehrwerksmeistern ist in bestimmten Gewerken voraussehbar. Unbedingt überarbeitet werden sollte die „Allgemeine Dienstanzweisung für Lehrwerksmeister an beruflichen Schulen“, ADALM, aus dem Jahr 2001. Um tatsächlich eine Richtlinie für Schulleiter und Lehrwerksmeister zu sein, müssen die gestiegenen Anforderungen benannt und eingeordnet werden. Zukunftsweisend wäre hier, statt auf die Vermittlung von Inhalten, auf den Erwerb von Kompetenzen zu setzen.

Konfuzius wäre stolz auf uns, wenn es dann heißt: „...lasst es uns tun und die Schüler und Schülerinnen werden es können.“ ■

Claudia Forster-Bard

HAB – Berufsfachschule für Haushaltsführung und ambulante Betreuung

Quo vadis?

„Unsere Gesellschaft braucht in zunehmendem Maße Fachkräfte, die neben hauswirtschaftlichen auch pflegerische und betreuende Aufgaben in Familien und sozialen Einrichtungen leisten können“. Dies sagte Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi bei seinem Besuch in St. Wendel im Herbst 2002, der Neugründung der HAB Schuljahr 2002/2003 am Sozialpflegerischen Berufsbildungszentrum in St. Wendel.

Seit dem Schuljahr 2002/2003 unterrichte ich Soziale Betreuung und Hauswirtschaftslehre in dieser Schulform, die jungen Menschen die Entwicklungsmöglichkeiten bietet in die Richtung zu gehen, für die sie geeignet sind. Die Schüler*innen besuchen zuerst das Berufsgrundschuljahr nach der allgemeinbildenden Schule, wenn sie noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und können dort den Hauptschulabschluss nachholen oder die Berufsschulpflicht erfüllen. Sie hatten bisher damit die Voraussetzung zur Aufnahme in die

HAB. In der HAB werden in zwei Jahren allgemeine und fachbezogene Inhalte vermittelt. Die 2-jährige Berufsfachschule schließt mit einer Abschlussprüfung ab und der mittlere Bildungsabschluss kann anerkannt werden mit einem Durchschnitt von 3,0 und letzter Note nach 5 Jahren Fremdsprache nicht schlechter als 4,0. In der Fachstufe 1 werden die Fachpraxis und die Fachtheorie in den Prüfungsfächern: Pflegerische Fachkunde, Hauswirtschaftslehre und Soziale Betreuung vermittelt. Ein weiteres Prüfungsfach ist Deutsch/Medienerziehung. Die allgemeinbildenden Fächer sind keine Prüfungsfächer, außer Deutsch.

Im 2. Ausbildungsjahr sind vier Praktikumsblöcke à 4 Wochen im ambulanten Pflegedienst, im stationären Bereich, im Behindertenbereich oder in der Hauswirtschaft zu absolvieren. Dabei haben die Schüler*innen die Chance, sich zu entwickeln und ihre Stärken zu entdecken. Nach der Prüfung sind ein

halbjähriges Praktikum in einem dieser oben genannten Bereiche und ein Kolloquium die Voraussetzung für das Erhalten der Urkunde mit der Bezeichnung: Assistentin für Ernährung und Versorgung „Schwerpunkt Haushaltsführung und ambulante Betreuung“. Ich befürworte und empfehle diese Schulform Schüler*innen, die noch nicht die Berufsfreiheit haben, die die Zeit brauchen sich noch zu entwickeln, um in solch einem anspruchsvollen Arbeitsfeld zu arbeiten. Natürlich ist ein Ausbildungsplatz immer besser. Aber die Ausbildungszahlen z.B. für die Hauswirtschaftler*innen gehen, trotz steigendem Bedarf, in den letzten Jahren sehr zurück.

In all den Jahren habe ich die 3-einhalbjährige Entwicklung meiner Schüler*innen als glücklichen Moment in der letzten Prüfung erlebt, im Kolloquium. Ihre Entscheidung in diesem Beruf weiterzuarbeiten, sich für die Altenpflege, den Erzieherberuf, den Heilerziehungspfleger für den Bereich der Hauswirt-

schaft oder den Pflegebereich oder die Betreuung zu entscheiden, war eine wohlüberlegte Entscheidung nach den Erfahrungen in den verschiedenen Bereichen. Viele meiner Schüler*innen erreichten die Anerkennung der mittleren Reife und wurden Altenpfleger*innen, Heilerziehungspfleger*innen, studierten sogar Pflegemanagement. Zurzeit haben wir an unserem Berufsbildungszentrum eine Referendarin für den Gesundheitsbereich, die eine Schülerin der HAB war. Ein Erfolg der beruflichen Bildung und dieser Schulform.

An Unterrichtsmethoden wird in dieser Schulform sehr viel Wert auf selbstständiges Arbeiten und Teamarbeit gelegt. In zahlreichen Projekten mit der Lebenshilfe oder im Seniorenheim Hospital in St. Wendel schaffte ich Lernsituationen, wo ich meine Schüler*innen anders kennenlernte als im Frontalunterricht und zahlreiche Kompetenzen entdeckte. Auch dies lässt diese Schulform zu und durch die Organisation des Unterrichtes wird eine Methodenvielfalt ermöglicht.

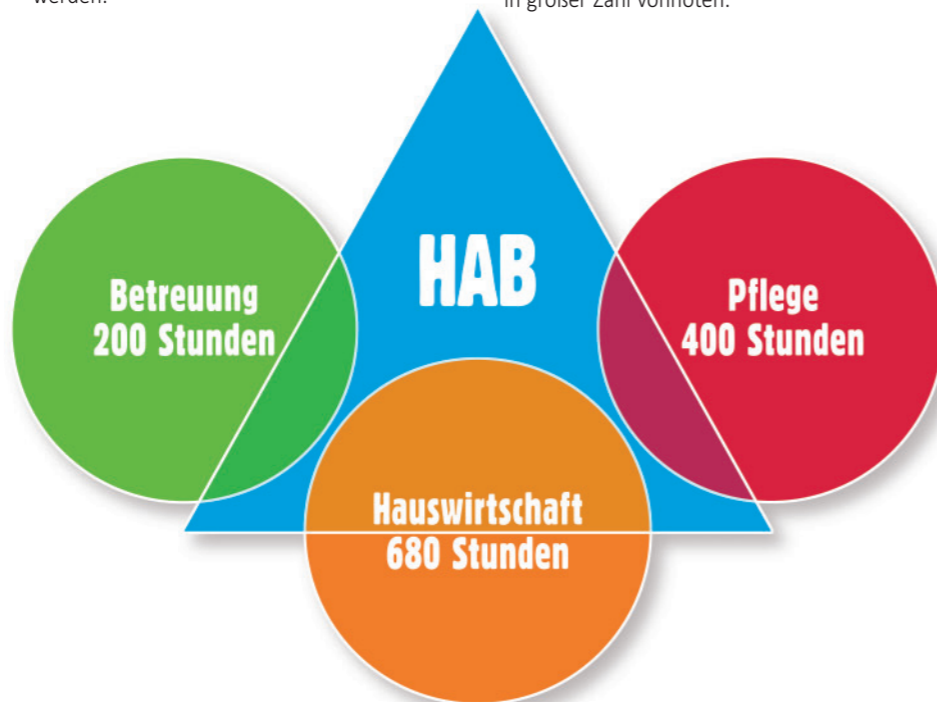
Jetzt in Coronazeiten profitierten wir alle von dieser Schülerelbsttätigkeit. Ich bereitete meine Abschlussklasse in Sozialer Betreuung im Fernunterricht auf die Prüfung vor. Da diese Schulform die Schüler*innen auf einen Berufsabschluss hin vorbereitet, mussten sie eine reguläre Prüfung absolvieren. Ich versuchte mit allen Medien: Email, Telefon, Briefe, WhatsApp (nicht datensicher) und Videokonferenzen die SuS vorzubereiten. WhatsApp diente mir dabei eher dazu mit Ihnen in Kontakt zu bleiben, die Stimmung mitzubekommen, sie zu ermutigen. Dabei war ein sehr guter Gruppenzusammenhalt zu beobachten. Empathie, Toleranz, Motivation, Hilfsbereitschaft, Durchhaltevermögen, alles Kompetenzen, die in diesem anspruchsvollen Beruf verlangt werden, entwickelten sich und zeigten sich in dieser Coronazeit. Eine Förderschülerin, hat jetzt durch diese Schulform die Chance ihr Ziel, den Mittleren Bildungsabschluss zu erreichen. Sie schrieb Lernkarten und erklärte ihren Mitschülerinnen z.B. das Herzkreislaufsystem! Das ist gelebte Inklusion.

Warum beschreibe ich diese Schulform HAB so emotional?

Sie ist an drei Standorten im Saarland vertreten (St. Wendel, St. Ingbert und in Merzig). Sie ist auch leider unter Berufsschullehrer*innen kaum bekannt. Auch die abgebenden Schulen kennen sie kaum, trotz Informationstagen. Ein großes Problem sind auch die Arbeitgeber*innen, z. B. Ambulante Pflegedienste. Sie benötigen diese Kräfte, aber sie wissen oft nicht, wie sie diese Fachkräfte mit

der Pflegekasse abrechnen sollen. Nach über 20 Jahren ist dies noch ein Problem. Da die Schüler*innen keine Ausbildungsvergütung bekommen, haben sie oft finanzielle Probleme. Ich befürchte, dass die HAB im Rahmen der Umstrukturierung des Überganges ihr Profil verliert. Ich plädiere daher dafür, dass die HAB ihren logischen Aufbau nicht verliert:

1. In der Unterstufe sollte die Fachpraxis in den Praxisräumen der Schule vermittelt werden.
2. in der Unter- und Oberstufe sollten die vier Praktikumsblöcke in den vier Bereichen Hauswirtschaft, Altenpflege, Behindertenbereich, Betreuung in den Betrieben durchgeführt werden.



Nur dann sind die SuS auf die Fachpraxis vorbereitet und sind in mit ihren Erfahrungen breit aufgestellt, wie das in der generalistischen Pflegeausbildung auch gewünscht ist. Da in Zukunft das Berufsgrundschuljahr wegfällt, empfehle ich das halbjährige Praktikum auf ein Jahr zu erweitern. Auch muss Lobbyarbeit für diese Schulform bei der Pflegekasse betrieben werden. Der Vorteil ist, dass diese Fachkraft im ambulanten Pflegedienst, die zu betreuende Person hauswirtschaftlich und pflegerisch (Grundpflege) versorgen und betreiben kann. Professionelle Hilfe im eigenen Heim - ein Beruf mit Zukunft (DQR4 und Anerkennung als Betreuungskraft). Wir sollten dieses vielseitige Einsatzgebiet dieser Fachkraft nicht schmälern, sondern aufwerten. Die HAB-Fachkraft bearbeitet die Schnittstellen zur Pflege: Hauswirtschaft und Betreuung. Es wundert mich, dass wir im Saarland diese

Schulform, trotz dem dringenden Bedarf an Fachkräften in Alten-, Pflege-Behinderteneinrichtungen und nicht zuletzt in der häuslichen Krankenpflege, abschaffen werden. Diese Schulform soll dem vom Sozialministerium neu kreierten Pflegeassistenten weichen, ohne dass die HAB, die seit 20 Jahren existiert, dabei eine Beachtung findet.

Seit 2002 hat der Gesetzgeber durch verschiedene Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht, die Pflege und vor allem die häusliche Pflege zu stärken. Uns sollte klar sein, dass nicht alle Pflegebedürftigen in Pflegeheimen gepflegt werden können. Um das Leben so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden, und auch die Pflege dort auf Dauer, zu gewährleisten, sind diese Fachkräfte in großer Zahl vonnöten.

Ich erinnere an die Worte von Wirtschaftsminister Georgi 2002. Sie sind aktueller denn je. Wir haben diese Schulform seit 1999 (St. Ingbert) im Saarland. Die HAB sollte ihr Profil nicht verlieren. Sie ist eine wertvolle Ergänzung zu den anderen Ausbildungsberufen in der Pflege und der Hauswirtschaft. Sie sollte aufgewertet werden. ■



Birgit Jenni
Berufsschullehrerin,
GEW Landesvorsitzende

Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung

Das gesellschaftliche Ansehen der beruflichen Bildung blieb in der Vergangenheit der gymnasialen Bildung untergeordnet. Das ist inzwischen nicht mehr eindeutig und kaum noch mehrheitsfähig, doch noch nicht überwunden. Die Hoffnung auf sozialen Aufstieg war und ist damit verbunden, dass die Kinder Abitur machen und dann studieren können. Es gibt Bildungsbiographien, die weisen darauf hin, dass eine berufliche Bildung in der Tat eine Alternative zum Studium darstellt. Umfassende Kompetenzen bis hin zu höchst verantwortlichen Leitungspositionen können über berufliche Bildung erreicht werden. Das althergebrachte Denken, hier der gebildete Akademiker, dort die Praktiker mit einer beruflichen Ausbildung, ist immer noch nicht vollständig überwunden. Zum einen sollen mehr Arbeiterkinder den Zugang zu den Hochschulen finden und die Selektion im Schulwesen zugunsten umfassender Förderung verringert werden, zum anderen ist der herkömmliche Bildungsbegriff zu hinterfragen.

Gleichwertigkeit ist so zu verstehen, dass Lernen in der beruflichen Bildung nicht weniger wert sein darf, als Lernen im Gymnasium. Beides soll eine umfassende Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichen und alle Bildungswege öffnen.

Ein wesentlicher Schritt zur formalen Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung ist der Beschluss der KMK aus dem Jahr 2009. Dort wurde festgehalten, dass eine Meisterausbildung sowie Fachschulabschlüsse ohne Einschränkung zu einem Studium berechtigen. Weiterhin kann, wer eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, nach mindestens dreijähriger Berufspraxis ein Studium in der Fachrichtung seines Berufes aufnehmen. Der Beschluss der Kultusministerkonferenz bleibt aber hinter dem Ziel der GEW zurück, nämlich dass eine berufliche Ausbildung unmittelbar zu einem Studium berechtigt.

An dieser Stelle ist die Frage zu beantworten, was einen jungen Menschen studierfähig macht?

Dazu ist es notwendig, die Kompetenzen, die in der modernen Berufsausbildung notwendig sind und die dafür entsprechende Unterrichtsgestaltung näher zu betrachten: Die Berufsschule ist das Kernstück des kom-

plexen Systems der beruflichen Schulen. Die Qualifikation zum beruflichen Handeln und die Fähigkeit, das Arbeitsleben entsprechend individueller Bedürfnisse mitzugestalten, ist das vordergründige Ziel beruflicher Bildung. Bedenkt man, dass ca. 70 % aller Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren eine der zahlreichen Schularten im Gesamtsystem der beruflichen Schulen besucht, so sind die berufsbildenden Schulen die wichtigste Bildungseinrichtung der Sekundarstufe II. Damit ist die pädagogische Entwicklung der Berufsschule als wichtigste Schulform der berufsbildenden Schulen ein wichtiges Anliegen. Wir brauchen hier zukunftsfähige, pädagogische Konzeptionen. Die Zeiten, in denen die Berufsschule, aber auch die betriebliche Ausbildung einseitig die Vermittlung des Fachwissens in den Mittelpunkt der Berufsausbildung gestellt hat, sind weitgehend vorbei. Das Streben, möglichst alle technischen Neuerungen zu vermitteln und noch eine Hightech-Maschine anzuschaffen, schien Garant für einen guten Unterricht und einen hohen Lernerfolg zu sein. Ein Umdenken hat nicht ohne Grund begonnen. Die Grenzen der Vermittelbarkeit von Fachwissen sind aufgrund immer kürzerer Innovationszyklen schnell erreicht. Vor diesem Hintergrund wird heute die Vermittlung von Sozial- und Humankompetenz neben der Vermittlung von Fachkompetenz sowohl von den Unternehmen, den Pädagogen als auch von den Gewerkschaften gefordert. Dies macht deutlich, dass trotz unterschiedlicher Interessenlage die zentrale Bedeutung personaler Kompetenz erkannt und von vielen als Herausforderung angenommen wurde.

Ein wesentlicher Schritt für die Umsetzung dieser Ziele war die Abkehr von der Vermittlung der Kompetenzen in einzelne Unterrichtsfächer, hin zur Entwicklung eines Lernfeldkonzepts in allen Berufsbereichen. Die Lehrpläne der Berufsschule werden in Lernfelder aufgeteilt (und nicht mehr in Fächer) und innerhalb der Lernfelder findet das Lernen anhand praxisbezogener Lernaufgaben statt. Damit können die für eine moderne Berufsausbildung geforderten Kompetenzen erarbeitet werden. Im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) wird die Berufsausbildung (mind. dreijährig Ausbildung) dem Niveau 4 des 8 stufigen Rahmens zugeordnet. Die erworbenen Kompetenzen werden im DQR wie folgt beschrieben: Niveau 4 beschreibt

Kompetenzen, die zur selbständigen Planung und Bearbeitung fachlicher Aufgabenstellungen in einem umfassenden, sich verändernden Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld benötigt werden. Die angestrebten Ziele beinhalten neben der Fachkompetenz auch die Personale Kompetenz. Fachkompetenz ergibt sich durch vertieftes allgemeines Wissen oder durch fachtheoretisches Wissen in einem Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld und durch ein breites Spektrum kognitiver und praktischer Fertigkeiten, die selbständige Aufgabenbearbeitung und Problemlösung sowie die Beurteilung von Arbeitsergebnissen und -prozessen unter Einbeziehung von Handlungsalternativen und Wechselwirkungen mit benachbarten Bereichen ermöglichen. Personale Kompetenz bedeutet, die Arbeit in einer Gruppe und deren Lern- oder Arbeitsumgebung mitgestalten und kontinuierlich Unterstützung anbieten, Abläufe und Ergebnisse begründen, über Sachverhalte umfassend kommunizieren, sich Lern- und Arbeitsziele setzen, sie reflektieren, realisieren und verantworten.

Die im DQR beschriebenen Kompetenzen bilden die Basis für eine individuelle Entwicklung in der Berufstätigkeit bis hin zu Führungsaufgaben in einem Unternehmen, sie sind aber auch, bei entsprechender persönlicher Entwicklung, gute Voraussetzungen für die Aufnahme eines Studiums an einer Hochschule (inzwischen belegt durch zahlreiche Biografien). Eine konsequente Umsetzung der Lernfeldkonzepte mit Ihren (lebens-) praxisnahen Lernaufgaben statt der Trennung der Lerninhalte in einzelne Fächer ist die Voraussetzung für die Vermittlung dieser Kompetenzen.

Wenn man Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung unter dem Aspekt, dass das Prinzip der Selektion im Schulwesen zugunsten umfassender Förderung verringert werden soll, um eine umfassende Entfaltung der Persönlichkeit zu ermöglichen, dann stellt sich auch die Systemfrage. Ist das gegliederte Schulsystem mit einer vierjährigen Grundschule, deren Erfolg für die Kinder in den Augen der Eltern eine maßlos überhöhte Bedeutung hat, noch sinnvoll? Ein Schulsystem, das für viele Grundschulkindern einen nicht kindgerechten Druck aufbaut und individuelle Entwicklungen eher behindert denn fördert. Gleichwertigkeit zu Ende gedacht bedeutet, ein Schulsystem in dem die

gymnasiale Oberstufe gleichwertig neben den beruflichen Schulen den Bereich der Sekundarstufe II bilden.

In der beruflichen Bildung hat ein Umdenken begonnen: die Vermittlung von Kompetenzen in realen Zusammenhängen unter Verknüpfung des Wissens aus verschiedenen Fachrichtungen (Lernfeldkonzept). Angesichts der immer komplexer werdenden Aufgaben in unserer globalisierten Welt mit ihren nahezu unendlichen Informationsangeboten brauchen wir insgesamt auch andere Lernstrukturen. Am 05.03.2020 stellte Harald Lesch, TV-Wissenschaftler, Astrophysiker, Naturphilosoph und Moderator von „Leschs Kosmos“, bei Markus Lanz sein neues Buch „Wie Bildung gelingt“ vor.

„Denn einiges läuft im deutschen Bildungssystem nicht gut.“ Dazu gehöre, dass insgesamt zu wenig in Zusammenhängen unterrichtet wird. Wir haben zu viele Schubladen und zu wenig Motivation für all diejenigen, die irgendwo unterrichtet werden. So könne man unter Zuhilfenahme von verschiedensten Fächern ein bestimmtes Phänomen viel besser verdeutlichen. Den Klimawandel beispielsweise. Da sind nicht nur sämtliche Naturwissenschaften dran beteiligt. Sondern z.B. auch Literatur und Geschichte. Wie gehen Menschen in den Ländern mit der Erfahrung eines verwandelten Klimas eigentlich um? Was bedeutet es, wenn man sich auf einmal auf den Weg machen muss? Der Hauptpunkt ist einfach, dass durch diese Klassifikation in ein-

zelne Fächer in unserem Kopf etwas entsteht, was gar nicht der Welt entspricht.“ Ein durchaus sinnvoller Gedanke, über den auch in der Bildungspolitik einmal diskutiert werden sollte“, so Harald Lesch

Deutlicher werden die Wissenschaftler Julian Nada-Rümelin (Uni München), Manfred Prenzel (TU München) und Klaus Zierer (Uni Augsburg) in einem Gastbeitrag im Spiegel, 2020 mit dem Titel „Entrümpelt die Lehrpläne“. Unter anderem schreiben sie: „... Die nachfolgende Generation braucht nicht nur Fachwissen, sondern auch Denkweisen, nicht nur die Tiefe in einem Fach, sondern auch die Verknüpfung der Fächer. Kreativität, nicht nur egozentrisches Leistungsstreben, sondern auch eine respektvolle und ethische Haltung gegenüber der Mit- und Umwelt.“

Darum fordern wir:

- Die Stoffmenge in Lehrplänen stark reduzieren...
- Den Unterricht an Schlüsselproblemen unserer Zeit wie soziale Gerechtigkeit oder ökologische Nachhaltigkeit ausrichten, die mindestens 40 % der Unterrichtszeit umfassen, damit werden Lehrpläne flexibel, um aktuelle Herausforderungen bearbeiten zu können...
- Inter- und transdisziplinäres Denken auszubauen. Beispielsweise lässt sich Nachhaltigkeit als Schlüsselproblem nicht nur mit einer Summe aus physikalischen biologischen und

chemischen und anderen Kenntnissen bewältigen...

■ Praktische, kreative und ethische Fragen für den Unterricht wiederzuentdecken-der Mensch ist mehr als das, was ein Intelligenztest misst...“

Damit steht auch für den allgemeinen Lernbereich die Forderung im Raum, auf ein entsprechendes „Lernfeldkonzept“ in den Lehrplänen umzusteigen, um so an Hand von lebensnahen Lernaufgaben die nachfolgende Generation auf die komplexer werdenden gesellschaftlichen Problemlösungen vorzubereiten. Dabei spielt auch ein umfassendes pädagogisches Konzept im Umgang mit der Digitalisierung eine wichtige Rolle. Nicht der Lehrer, der heute seine Unterrichtsvorbereitung mit einem USB-Stick am Schlüsselbund mit in den Unterricht bringt, um dann die Unterrichtsinhalte mit moderner Technik zu präsentieren, macht damit schon einen zukunftsorientierten Unterricht, sondern derjenige der seine Schüler dabei unterstützt, aus dem vielfältigen Informationsangebot, das in der digitalen Welt angeboten wird, relevantes Wissen heraus zu suchen, Wissen zu bewerten, zu verknüpfen und mit Handlungsstrategien zu verbinden. ■

Klaus Graus

Berufliche Bildung im Aufbruch

Digitalisierung ist das Schlagwort in aller Munde. Erst recht jetzt, wo klar wird, dass es möglich werden muss, Schule zumindest teilweise online so zu gestalten, dass die Schüler*innen einen greifbaren Mehrwert davon erhalten. Dabei sind zwei Aspekte problematisch: die ungleiche technische Ausstattung bei Schüler*innen und die gestiegene Arbeitsbelastung der Lehrkräfte.

Die technischen Voraussetzungen für die Teilnahme am digitalen Unterricht sind ebenso unterschiedlich wie die Lerngruppen in der beruflichen Bildung. Einige Schüler*innen sind hervorragend ausgestattet, haben einen festen Platz zum Arbeiten und sind vor allem auch in der Lage, sich Inhalte weitgehend selbstständig zu erschließen. Sie begrüßen die Möglichkeit eigenverantwortlich zu arbeiten. Die Ruhe und die bekannte Umgebung kommen ihrem Lernfortschritt zugute. Diese Schüler*innen sind allerdings in der Minderheit. Hat ein Schüler*innen nur ein Mobiltelefon und keinen festen Internetanschluss zu Hause, vielleicht auch keinen festen Arbeitsplatz, wird ein Lernfortschritt schon durch die fehlende technische Ausstattung erschwert. Fehlt dann noch die Kompetenz, Inhalte eigenverantwortlich zu erarbeiten, werden die Lernerfolge nur schwer erreicht.

Genau dort muss angesetzt werden. Bereits im Präsenzunterricht ist es eine Herausforderung für die Lehrkraft, durch Differenzierung an die verschiedenen Leistungsstände der Schüler*innen anzuknüpfen. Wenn noch dazu kommt, dass die Lehrkraft nicht weiß, mit welchen Medien die Schüler*innen arbeiten können, wird es fast unmöglich, Arbeitsmaterial zu erstellen, welches für die Rezipient*innen nutzbar ist. Die Schüler*innen mit Endgeräten auszustatten, ist ein guter Anfang und unverzichtbar. Schließlich ist noch nicht abzusehen, wie groß der Anteil an Online-Unterricht zukünftig sein wird. Gäbe es eine einheitliche technische Ausstattung für Schüler*innen, könnte man zumindest ein festes Zielformat ansteuern, ohne dass schon dort Schüler*innen auf der Strecke bleiben. Dabei wäre es auch wichtig, eine einheitliche Regelung für den Online-Unterricht festzusetzen. Gerade in der dualen Ausbildung finden sich die Auszubildenden in der Situation, in ihren Betrieben eingesetzt zu werden, wenn der Präsenzbetrieb in der Schule nicht stattfindet. Dabei wird sehr unterschiedlich gehandhabt, ob, wie und wann den Schüler*innen während der Arbeitszeit Raum für die Bearbeitung von Schulhalten gewährt wird. Dies führt

nicht selten zu großen zusätzlichen Belastungen der Auszubildenden. Dazu muss eine Regelung, auch bezüglich einer Versorgung mit Endgeräten, gefunden werden, mit der alle Beteiligten arbeiten können.

Auch die Lehrkräfte finden sich in unterschiedliche Ausgangssituationen wieder. Für einige gab es kaum Probleme, da sie bereits vor den coronabedingten Schulschließungen mit ihren Klassen online in Kontakt standen oder bereits eine Plattform für ihren Unterricht etabliert hatten. Andere hingegen mussten zunächst die Kontaktdaten der Schüler über zahlreiche Telefonate zusammentragen, um alle ihre Schüler zu erreichen, denn die Angabe von Mailadressen ist bei der Anmeldung an den meisten Schulen freiwillig. Und natürlich ist auch die technische Ausstattung der Lehrkräfte zu Hause nicht immer gleich, da sie hauptsächlich ihre privaten Endgeräte zur Ausübung der dienstlichen Tätigkeit nutzen.

Die Erstellung von Online-Arbeitsmaterial und die Durchführung von Video-Unterricht werden so für viele zur Herausforderung. Hier sollten im Zuge der Digitalisierung gezielte Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte angeboten werden, die über das Verwalten einer Plattform hinaus gehen. Beim Online-Unterricht müssen methodisch und organisatorisch neue Wege geschaffen werden, die Schüler*innen in ihrem Lernprozess zu unterstützen. Die Fortbildner stehen dann ihrerseits vor der Aufgabe, ihr Angebot auf eine heterogene Lerngruppe anzupassen. Es muss also ein vielfältiges Angebot erstellt werden, das die Vorerfahrungen aller Lehrkräfte berücksichtigt.

Ein weiterer Lösungsansatz könnte dabei die Bildung von Teams sein. Der kollegiale Austausch, sowohl fachlich als auch methodisch, kann eine große Bereicherung sein, die auch zur Entlastung der einzelnen Lehrkräfte führen kann. Egal ob im Lernfeldunterricht der dualen Ausbildung oder in den Haupt- und Nebenfächern der Vollzeitschulformen. Es gibt überall Parallelklassen und Inhalte in Lehrplänen, die sich überschneiden. Würden sich Lehrkräfte zusammenschließen, Absprachen treffen und Material gemeinsam erarbeiten und nutzen, könnten dadurch Synergieeffekte genutzt werden und jede einzelne Lehrkraft würde Entlastung erfahren. Durch die Doppelbelastung aus Online- und Präsenzunterricht ist die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte deutlich gestiegen. Die Grenzen zwi-

schen Arbeit- und Freizeit verschwimmen durch die ständige Erreichbarkeit. Die Zusammenarbeit mit anderen Lehrkräften könnte dabei helfen, diese Belastung wieder zu senken. Davon profitieren alle Beteiligten. Auch die Qualität des Unterrichts wäre sehr viel konstanter. In ungezählten Gruppenarbeiten fördern wir die Teamfähigkeit unserer Schüler*innen weil uns klar ist, dass sie eine (und vielleicht sogar die) Kernkompetenz in der Arbeits- und Lebenswelt ist und arbeiten dabei selbst noch viel zu häufig allein. Lehrkräfte müssen keine Einzelkämpfer sein. Der fachliche und methodische Austausch von Lehrkräften ist eine Ressource, die viel zu selten genutzt wird. Vielleicht ist die Vorstellung, mit den Arbeitsmaterialien anderer zu arbeiten anfangs befremdlich, aber durch genaue Absprachen findet sich ein gemeinsamer Nenner. Dabei bleiben die individuelle Ausgestaltung und die pädagogische Freiheit unangestastet. Jede Lehrkraft sollte schließlich authentisch bleiben. ■



Kathrin Albrecht

ANZEIGE



USA UNTER TRUMP: PLATZ 43 AUF DER RANGLISTE DER PRESSEFREIHEIT. AUF DEM GIPFEL DER MACHT DARF PRESSEFREIHEIT NICHT AUF DER STRECKE BLEIBEN. REPORTER OHNE GRENZEN



ANZEIGE



www.reporter-ohne-grenzen.de

Bildungsgerechtigkeit

zu Corona-Zeiten aus diskriminierungskritischer Perspektive

Mit der Ausbreitung der Corona-Pandemie überkam uns ein Szenario, das viele Strukturen und Bereiche völlig unvorbereitet traf. Auch im Bereich der Bildung überschlugen sich die Ereignisse mit drastischen Vorgaben und Folgen. Seitdem wird viel über Wirksamkeit, Angemessenheit der Maßnahmen sowie langfristige Folgen diskutiert. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass der Umgang mit der Pandemie diskriminierungsverstärkende Folgen hat.¹ Wir als Antidiskriminierungsforum Saar e.V. möchten daher an dieser Stelle einen Beitrag aus diskriminierungskritischer Sicht einbringen, um gemeinsam Perspektiven für die Zeit nach Corona zu denken und zu gestalten.

Am 13.03.2020 ordneten mehrere Bundesländer, darunter auch das Saarland, die Schließung von Schulen und Kitas an, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Schüler*innen sollten von zu Hause lernen, wobei Eltern mit der Herausforderung konfrontiert wurden, die schulische Bildung zu Hause zu organisieren und zu unterstützen. Für diese Form des Lernens und Lehrens aus der Ferne existierten anfangs keine einheitlichen Regelungen, wie die Schulen und insbesondere die Lehrer*innen mit den Herausforderungen des Homeschooling konkret umgehen sollten, wie die Inhalte den Schüler*innen vermittelt werden und welche Mindeststandards eingehalten werden sollten. Die Mehrheit der Lehrkräfte und die betroffenen Familien waren dabei vor allem anfangs auf sich gestellt. Aus einer bundesweiten repräsentativen Befragung von Lehrkräften durch das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Vodafone-Stiftung Deutschland ging hervor, dass 66 % der Schulen kein Gesamtkonzept hatten, das die Versorgung der Schüler*innen mit Lernangeboten während der Corona-Krise sicherstellt.²

Die größte Herausforderung bestand mitunter darin, dass nicht alle Schüler*innen mit den notwendigen technischen Mitteln ausgestattet sind, die das digitale Lernen im Rahmen des Distanzunterrichts erst ermöglichen. Bund und Länder haben hierauf reagiert und haben am 15. Mai ein 550 Millionen-Euro-Programm aufgestellt, womit für Schüler*innen aus ärmeren Familien die Mindestvoraussetzung geschaffen wird, ihr (digitales) Schulrecht wahrzunehmen. Die Regierung betont dabei, dass aus der Corona-Krise keine Bildungskrise werden dürfe.

Auch wenn zunächst aus politischer Sicht eine schnelle und strikte Entscheidung not-



wendig war, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, muss festgestellt werden, dass dadurch bereits bestehende Benachteiligungen verstärkt und sichtbar gemacht wurden. Dabei geht es uns nicht darum, diese Maßnahmen grundsätzlich in Frage zu stellen. Es geht vielmehr darum, durch einen offenen Diskurs zur Veränderung und gesellschaftlichen Weiterentwicklung zum Abbau von strukturellen Diskriminierungen beizutragen. Denn konkret bewirkt das seit Wochen praktizierte Homeschooling auf unterschiedlichen Ebenen und Ausprägungen eine Schlechterstellung von Schüler*innen beispielsweise mit mangelnder technischer Ausstattung, schlechten Deutschkenntnissen, speziellem Förderbedarf, von alleinerziehenden Müttern und Vätern und insbesondere von berufstätigen Müttern. Es entsteht der Eindruck, dass die vielfältigen Lebenssituationen in denen sich junge Menschen, Mütter und Väter befinden, nicht mitgedacht wurden. Das zeigte sich unter anderem in der medialen Darstellung. So wurden am Anfang hauptsächlich Bilder von intakten Kleinfamilien (Mutter, Vater, max. 2 Kinder) vermittelt. Wo finden sich jedoch Alleinerziehende, Großfamilien, junge Menschen in alternativen Wohnkonzepten wie Wohngemeinschaften oder Wohngruppen, konfliktträchtige Familien, Schüler*innen mit speziellem Förderbedarf, wenig finanziellen Mitteln oder aus Familien ohne deutsche Sprachkenntnisse und viele mehr, die diesem Bild nicht entsprechen? Chancengleichheit durch Benachteiligung entsteht in diesem Fall durch vorherrschende Strukturen, Gewohnheiten und versteckte Mechanismen der Gesellschaft. Neutrale Vorschriften, wie hier der Distanzunterricht für alle Schüler*innen gelten zunächst für alle gleich, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, körperlicher Konstitution oder familiärem Background.

Damit wirken sie sich aber entsprechend unterschiedlich aus, bestehende Benachteiligungen werden verstärkt (strukturelle Diskriminierung) und haben langfristige Folgen.

Wir müssen uns fragen, wie es um die Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten der einzelnen Schüler*innen und ihrer Eltern, in deren jeweiligen Lebenssituationen steht. Wie kann ein alleinerziehender Elternteil Beruf und Unterstützung beim Homeschooling, eventuell noch die Betreuung mehrerer Kinder stemmen, ohne gegenüber nicht alleinerziehenden Eltern finanziell und gesundheitlich benachteiligt zu werden? Welche besondere Unterstützung brauchen Eltern und ihre Kinder mit speziellem Förderbedarf z.B. wegen einer Behinderung oder fehlender Sprachkenntnisse, damit bereits bestehende Schwierigkeiten, schulische Leistungen zu erbringen, nicht verstärkt werden und die Chance auf einen Schulabschluss nicht gefährdet wird?

Die Folgen der Kita- und Schulschließungen reichen soweit, dass die Lohnungleichheit von Mann und Frau verstärkt und sichtbar wird. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung³ übernehmen 80 % der Frauen die Betreuung der Kinder. Das mag daran liegen, dass jener Elternteil, der mehr verdient, in der Regel immer noch der Mann, weiterhin regulär arbeiten geht. Gleichzeitig bewirkt dieser Umstand, dass Männer weiterhin beruflich aufsteigen können, während es Frauen wegen der Betreuung erschwert wird, der Wiedereinstieg manchmal gar nicht mehr möglich ist. Um eine Verstärkung von Bildungsgerechtigkeit zu verhindern, müssen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Lebenswelten und Bedingungen sowie die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Möglichkeiten und Ressourcen anerkannt und mitgedacht werden. Diese Lebenswelten sind Realität und bestimmen Bildungschancen, beruflichen Werdegang und Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben jedes Einzelnen – auch über die Corona-Krise hinaus.

Das saarländische Bildungsministerium und die saarländischen Schulen haben auf diese Herausforderungen reagiert und sich bemüht trotz der notwendigen Einschränkungen, Bedingungen zu schaffen, die ein kontinuierliches Lernen ermöglichen, gleichzeitig aber die unterschiedlichen Ressourcen und Bedingungen berücksichtigen sollten, z.B. durch die Leitfäden zum Lernen von zuhause, das Themenheft dieser Zeitung und vielem mehr.

Gleichzeitig müssen wir uns aber tiefergehend fragen, wie wir mit den dadurch nicht erst entstandenen, sondern sichtbarer gewordenen Ungleichheiten perspektivisch umgehen? Wie kann es gelingen das Lernen in einer heterogenen, von vielen Veränderungen und Unsicherheiten geprägten Gesellschaft so zu gestalten, dass möglichst alle gleichermaßen teilhaben und von Bildung profitieren können? Das Antidiskriminierungsforum Saar e.V. bemüht sich seit seiner Gründung, auf bestehende Diskriminierungen in ihren vielfältigen Formen und Dimensionen aufmerksam zu machen. Gemeinsam mit den jeweiligen Akteur*innen und Strukturen arbeiten wir an Strategien, diskriminierende Haltungen, Regelungen und strukturelle Bedingungen so zu verändern, dass sie allen Partizipation, Anerkennung und gerechte Chancen ermöglichen. Neben einem ethischen Anspruch berufen wir uns dabei auf einen rechtlichen normativen Rahmen aus Grundgesetz, Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz, menschenrechtlichen und weiteren gesetzlichen Rahmungen, die es uns als Personen und Strukturen vorgeben, das Recht auf Teilhabe und Nichtdiskriminierung zu etablieren.

Auch im Bereich der Bildung unterstützen wir Strukturen darin, ihre Abläufe, Regelungen und institutionellen Strukturen entsprechend zu gestalten und sich damit auseinanderzusetzen, wie mögliche Veränderungen aussehen können und müssen und wo es aber auch Grenzen gibt. Hierfür gibt es keine Patentrezepte, aber es braucht einen gemeinsamen Willen und keine Scheu, sich im Sinne der Bildungsgerechtigkeit diesen Fragen zu stellen! ■

Behnaz Bleimehl

Mitglied im Vorstand des Antidiskriminierungsforum Saar e.V.

¹siehe z.B. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg): Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise, abrufbar unter https://www.antidiskriminierungsstelle.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Dokumente_ohne_anzeige_in_Publikationen/20200504_Infopapier_zu_Coronakrise.html?nn=14099166

²abrufbar unter <https://www.vodafone-stiftung.de/umfrage-coronakrise-lehrer/>

³<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ruckschritt-durch-corona-23586.htm>

Interview mit der Vereinsvorsitzenden des Antidiskriminierungsforum Saar e.V. Karin Meißner

Seit Jahresbeginn setzt das Antidiskriminierungsforum Saar e.V. das Modellprojekt „Nichtdiskriminierung – Recht und Verpflichtung! Antidiskriminierung Saar 2020+“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ um, das durch das saarländische Bildungsministerium kofinanziert wird.

Zurzeit wird viel darüber diskutiert, dass Corona auch in der Bildung bestehende Ungleichheiten und Benachteiligungen verstärkt bzw. spürbarer macht. Ein neues Thema?

Unsere Gesellschaft ist und war niemals homogen, daher spielt die Frage, wie gesellschaftliche Strukturen gestaltet werden müssen, um Chancengleichheit zu gewährleisten, schon immer eine Rolle, natürlich auch im Bereich Bildung. In den letzten Jahren ist unserem Eindruck nach allerdings zu beobachten, dass die Herausforderungen und Unsicherheiten für Schulen größer geworden sind. Neben einer zunehmenden Diversifizierung familiärer Lebenswelten beobachten wir auch ein zunehmendes Bewusstsein von Schüler*innen und ihren Familien für das Recht auf Nichtdiskriminierung. Gleichzeitig sind Lehrkräfte und Schulleitungen mit vielfältigen Herausforderungen und Themen konfrontiert und das in Rahmenbedingungen, die oft nur wenig Spielraum und Ressourcen bieten. Corona kommt nun verschärfend hinzu und macht viele der vorhandenen Themen und Probleme, die sich aus vielfältigen Hintergründen und ungleichen Ressourcen ergeben, sichtbarer.

Mit welchen Fragestellungen wenden sich Schulen an Sie?

Gerade in den letzten Jahren wenden sich Schulen besonders im Kontext der Glaubensfreiheit an uns. Einerseits haben sie als staatliche Institutionen den Auftrag die grundgesetzlich garantierte Glaubensfreiheit zu garantieren, andererseits lassen sich religiöse Praxen, wie z.B. der Ramadan und das Beten im Islam nicht immer leicht mit gewohnten schulischen Abläufen und Regelungen vereinbaren. Ein anderes Thema ist die der Ansprache von sehr unterschiedlichen Eltern und Familien. Funktionieren der hergebrachte Elternbrief und Elternabend noch? Wie können Wege aussehen, auch die zu erreichen, die bisher oft außen vor bleiben? Uns erreichen aber auch Fragen nach Strategien zum

Umgang mit diskriminierenden Haltungen und Äußerungen, die von Lehrkräften, Schüler*innen oder Eltern ausgehen können. Dazu bekommen wir auch Anfragen von Schüler*innen oder Eltern, die sich benachteiligt fühlen oder von Diskriminierungserfahrungen berichten.

Was antworten Sie, wie können uns unterstützen?

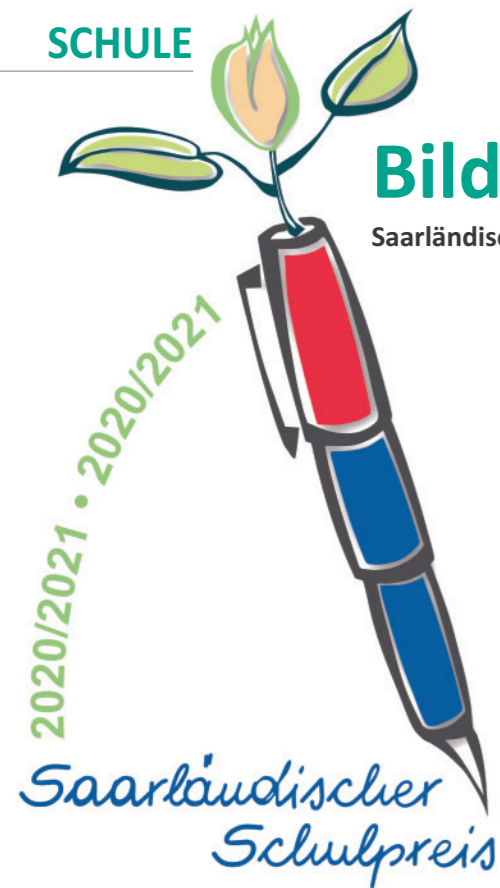
Wir sehen das Projekt mit dem Fokus auf Prozesse und Strategien als Ergänzung zu bereits bestehenden und gut funktionierenden Angeboten für Schulen im Saarland, die über Workshops, Projekte und ähnlichem diese Themen im Unterrichtsalltag aufgreifen.

Wir begleiten Prozesse, die Schulen darin unterstützen, ihre Strategien und Abläufe unter dem Aspekt der gerechten Zugänge, Chancen und Teilhabe zu überprüfen und anzupassen. Ideal wäre dazu ein Entwicklungsprozess, bei dem sich die jeweilige Schule erstmal konkret damit auseinandersetzt, wie sie mit vielfältigen Hintergründen und Bedürfnissen umgeht, welchen fachlichen Anspruch sie hat, was schon gut funktioniert und wo es noch Schwachstellen gibt. In einem zweiten Schritt werden dann spezifische Maßnahmen, Strategien vereinbart. Über Runde Tische, Kollegiale Fallberatung und ähnliche Formate wird die Umsetzung regelmäßig reflektiert bzw. offene Fragen besprochen und der Prozess ausgewertet.

In der Praxis sieht es bisher so aus, dass sich Schulen mit einem sehr konkreten Anliegen an uns wenden. Wir überlegen also beispielsweise, wie der Auftrag der Schulen im Kontext der Glaubensfreiheit aussieht und welche Möglichkeiten es gibt, diese umzusetzen. Meist kommen wir da auf gute Ideen, die leichter umzusetzen sind als gedacht, stellen aber auch sachlich begründbare Grenzen fest. Oft ergeben sich dann auch andere Themen und eine längerfristige Zusammenarbeit.

Bei Anfragen zu konkreten Diskriminierungen unterstützen wir außerdem dabei, konstruktive Wege zu finden, diese abzustellen – egal von wem sie ausgehen. Unsere Erfahrungen haben wir nun in dem neuen, auf fünf Jahre angelegten Projekt gebündelt und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit saarländischen Schulen! ■

Kontakt:
Antidiskriminierungsforum Saar e. V.
Nauwieserstraße 50
66111 Saarbrücken
0681-40170824
66111 Saarbrücken
adfs@adf-saar.de
www.adf-saar.de



Bildung für Zukunft

Saarländischer Schulpreis 2020/21

bracht haben. Schulen, die mit dem in den Qualitätsbereichen und besonderen Profilbereichen beschriebenen Leitbild verwandt sind. Der Hauptpreis soll Schulen auszeichnen, die in den sechs Qualitätsbereichen gut bis herausragend sind. Die besonderen Preise sollen Anerkennung sein für ein besonderes Profil einer guten Schule.

Bildungsverständnis, Qualitätsbereiche und -kriterien

Der stetige und rasante Wandel unserer Welt in sozialen sowie ökologischen und ökonomischen Bereichen stellt unsere Gesellschaft vor neue komplexe Herausforderungen mit oft auch globaler Tragweite. Bildung und Erziehung entscheiden maßgeblich über die Chancen der Menschen, ihre individuellen Fähigkeiten zu entfalten, ihre beruflichen Ziele zu verwirklichen sowie an der Gesellschaft teilzuhaben. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung, eines der Ziele der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, ist eine zentrale Voraussetzung für die Überwindung von Armut, eine menschenwürdige Beschäftigung und ein selbstbestimmtes Leben. „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ermöglicht es jedem Einzelnen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen im Sinn einer nachhaltigen Solidarität. Schulen sollen einen wesentlichen Beitrag leisten, allen Kindern und Jugendli-

chen Bildungschancen zu eröffnen, die es ihnen ermöglichen, sich Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Werte anzueignen und Verhaltensweisen sowie Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und positive gesellschaftliche Weiterentwicklung erforderlich sind. Dabei sind globale Zusammenhänge und lokale Ansätze nachhaltigen Handelns stärker ins Bewusstsein zu bringen und ist abzielen auf die Übernahme von Verantwortung für eine gerechtere, klimaverträglichere und zukunftsfähigere Weltgesellschaft im individuellen wie im gesellschaftlichen Umfeld. Grundlage des Saarländischen Schulpreises ist ein umfassendes Bildungsverständnis, das diesen Ansatz aufgreift, und in sechs Qualitätsbereichen und drei besonderen Profilbereichen zum Ausdruck kommt:

1. Qualität von Unterricht und Lernen

Der Unterricht ermöglicht durch ein hohes Maß an Selbsterfahren, -erproben und -erleben, Neues mit Gelerntem zu verknüpfen sowie fachliche und überfachliche Kompetenzen zu erwerben. Lernarrangements sind praxisorientiert auf die Ziele abgestimmt und schließen außerschulische Lernorte mit ein. Übung, Präsentation und Reflexion ergänzen diese sinnvoll. Ein offenes Lernklima fördert kooperative Zusammenarbeit, Schülerinnen und Schüler übernehmen Verantwortung für ihr Lernen.



Gemeinschaftsschule Dillingen, Hauptpreisträger 2016/2017 | Foto: Bernhard Strube

Schulgemeinschaften stehen alle vor der Aufgabe, Schule und Unterricht stetig weiterzuentwickeln. Aber sie können das nicht allein. Sie brauchen Gesellschaft. Sie brauchen Ideen und Freiraum, sie verwirklichen zu können. Sie brauchen Aufmerksamkeit, Wohlwollen und Anerkennung. Sie brauchen fördernde politische Unterstützung und Ermutigung. Sie brauchen den Blick der Fachleute, der Politik und der Öffentlichkeit auf ihre Leistung und Bedeutung. Gerade in dieser Zeit.

Der Saarländische Schulpreis zeichnet gute Praxis von Schulen aus, bei ganzheitlicher Schul- und Unterrichtsentwicklung (Hauptpreis), aber auch für besondere Profile im Rahmen dieser Entwicklung (Sonderpreise).

Zum achten Mal haben die Stiftung Demokratie Saarland und die Landeselterninitiative für Bildung Ende Mai den Preis ausgeschrieben. In Zusammenarbeit mit der Landesschülervertretung und – neu – mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Saarland, sowie der Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West, die jeweils die besonderen Preise stiften. Die Ministerin für Bildung und Kultur, Christine Streichert-Clivot, hat die Schirmherrschaft übernommen und stiftet den Hauptpreis.

Es geht beim Saarländischen Schulpreis nicht darum, einen einheitlichen Maßstab anzulegen oder die richtige Schule zu finden, sondern es sollen Schulen Anerkennung erhalten, die ihre Entwicklung gut vorange-

2. Individuelle Förderung, Umgang mit Vielfalt

Die Schule erkennt die Individualität der Einzelnen an; sie fördert die Kreativität, Eigenverantwortung und die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen. Die Unterrichtsgestaltung ist auf die individuellen Anforderungen der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet. Die Schule geht lernwirksam mit den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen, Interessen und den Leistungsmöglichkeiten sowie der kulturellen Vielfalt der Schülerinnen und Schüler um. Sie trägt zum Ausgleich von Benachteiligungen und zur sozial-integrativen Anerkennung von Unterschieden bei.

3. Verantwortung für sich und andere

Die Schule ist Vorbild der Gemeinschaft, zu der und für die sie erzieht. Selbstständigkeit und Verantwortung, Solidarität und Hilfsbereitschaft, Empathie und Zuwendung werden im Alltag gelebt. Mitwirkung und demokratisches Engagement, Eigeninitiative und Gemeinsinn werden in der Schule und über die Schule hinaus gefordert und umgesetzt. Die Schule pflegt pädagogisch fruchtbare Beziehungen zu außerschulischen Personen und Institutionen (z. B. in den Bereichen Soziales, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft, Kultur, Sport).

4. Schulklima

Das Klima der Schule ist von gegenseitigem Respekt, Lernfreude und Anstrengungsbereitschaft geprägt. Die Schule ist einladend, freundlich und anregend gestaltet. Ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche den ganzen Tag über gern und gut leben und lernen können, an dem das Kollegium gern arbeitet, zu dem Eltern gern hingehen. Ein Ort, der für die Menschen und ihre Bildung sowie als Arbeitsplatz Wertschätzung ausdrückt.

5. Schule als lernende Organisation

Mit dem gleichen Ernst, wie sie es den Kindern und Jugendlichen vermittelt, lernt die Schule selbst und arbeitet selbstständig an sich. Sie praktiziert neue und ergebnisorientierte Formen der Zusammenarbeit, der Führung und des demokratischen Managements und fördert Motivation sowie Professionalität ihrer Lehrenden planvoll. Unterricht und Arbeit der Lehrenden sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung stehen im Mittelpunkt ständiger schulischer Weiterentwicklung. Qualitätssicherung und Evaluation werden als wichtige Instrumente genutzt.

6. Leistungen

Die Schule orientiert sich an einem gemeinsamen Leistungsverständnis. Sie erzielt - gemessen an ihrer Ausgangslage - besondere



Gymnasium Lebach, Hauptpreisträger 2016/2017 | Foto: Bernhard Strube

Schülerleistungen im Rahmen des Fächerangebots der Schule oder in anderen wichtigen Bereichen (z. B. nachhaltige Entwicklung, Projektarbeit, Wettbewerbe). Die Schülerinnen und Schüler können selbstständig im Team arbeiten und Arbeitsergebnisse kompetent präsentieren.

Besonderer Profilbereich Demokratie und Schülermitbestimmung

Ein besonderes Profil hat die Schule bei Demokratie und Schülermitbestimmung. Demokratische Schul- und Unterrichtskultur werden als wichtige Qualitätskriterien anerkannt und sind gelebte Praxis. Die Schule stärkt die demokratische Handlungskompetenz ihrer Schülerinnen und Schüler und gewährleistet die Arbeit der Schülervertretung.

Mitwirkung, Selbst- und Mitbestimmung finden nicht nur in den gesetzlich vorgesehenen Gremien statt, sondern auch bei Schul- und Unterrichtsentwicklung. Differenzen und Konflikte werden innerhalb eines demokratischen Miteinanders gelöst. Hierfür werden demokratiepädagogische Ansätze praktiziert und reflektiert. Eine Feedback-Kultur ist Standard der schulischen Qualitätsentwicklung, bei Evaluationen, im Unterricht und bei außerunterrichtlichen Angeboten. Strukturierte, wertschätzende und konstruktive Rückmeldungen regen individuelle Lern- und institutionelle Entwicklungsprozesse an.

Besonderer Profilbereich Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ein besonderes Profil hat die Schule bei Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). BNE ist im Leitbild der Schule verankert. Nachhal-

tigkeitsthemen wie Klimawandel, Biodiversität, nachhaltiger Konsum, Interkulturalität, Menschenrechte usw. werden als Querschnittsthemen in Unterricht und Schulleben thematisiert. Die Mitglieder der Schulgemeinschaft werden in die Planung und Umsetzung der BNE-Aktivitäten eingebunden, um Mitgestaltung und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen. Als Lernort nachhaltiger Entwicklung berücksichtigt die Schule Nachhaltigkeitskriterien bei der eigenen Ausstattung und Bewirtschaftung. BNE ist Teil der Mitarbeiterführung und der Weiterbildung des Schulpersonals sowie der Schulleitung. Die Schule arbeitet mit lokalen Partnern zusammen.

Besonderer Profilbereich Schulklima und Arbeitsplatz Schule

Die Schule zeichnet sich durch ein besonderes Profil bei Schulklima und als Arbeitsplatz für ihre Beschäftigten aus. Dies zeigt sich vor allem im wertschätzenden Umgang und in klarer Kommunikation innerhalb des multiprofessionellen Teams. Mitbestimmung und Mitwirkung an Entscheidungen werden gelebt. Die Schule sieht den Einzelnen nicht nur als Inhaber einer Funktion in der Organisation, sondern respektiert ihn als Person und hat seine Gesundheit im Blick - sie ist auf Work-Life-Balance ausgerichtet. Dies zeigt sich z.B. bei der Stundenplangestaltung, an einem "Jour fixe" und einer verlässlichen Jahresplanung. Die berufliche Entwicklung aller am Schulleben Beteiligten wird gefördert. Besonderer Wert wird ebenfalls auf die räumliche Gestaltung (z.B. Existenz von Arbeits- und Rückzugsräumen) und die materielle Ausstattung (z.B. Hard- und Software) gelegt. Geplante Projekte weisen eine Weiterentwicklung bei diesem Profil aus.

Die Mitglieder der Jury

Ruth Breuer

Rektorin a.D., ehemalige Leiterin der Sophie-Scholl-Gemeinschaftsschule Dillingen, Hauptpreisträger des Saarländischen Schulpreises 2016/2017; Heusweiler

Dr. Jan von der Gathen

Diplom-Pädagoge, Leiter der Franz-Vaahsen-Grundschule Düsseldorf, Pädagogischer Experte des Deutschen Schulpreises, Mitherausgeber "Die Grundschulzeit-schrift"; Essen

Ingrid Kaiser

Ehemalige pädagogische Leiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden (Träger Deut. Schulpreis 2007), Beraterin für Schulentwicklung, Regionalberaterin des Deutschen Schulpreises; Frankfurt

Prof. Dr. Franziska Perels

Professorin für Bildungswissenschaften, Inhaberin des Lehrstuhls für Empirische Schul- und Unterrichtsforschung an der Universität des Saarlandes; Saarbrücken
Vertreterin: Dr. Manuela Benick, Akademische Rätin am Lehrstuhl für Empirische Schul- und Unterrichtsforschung der Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Jörg Schlömerkemper

Professor (i.R.) für Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, langjähriger Redakteur der Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ und Mitarbeiter der Zeitschrift PÄDAGOGIK; Göttingen

Rebecca Spurk

Oberstudiendirektorin a. D., ehemalige Leiterin des Gymnasiums Ottweiler; Mitglied im Kuratorium der "Werkstatt Schule leiten"; Saarbrücken

Lennart-Elias Seimetz

Landesschülersprecher, Landesschülervertretung des Saarlandes

Prof. Dr. Klaus Helling

Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre insbesondere Umweltmanagement, Dekan des Fachbereichs Umweltwirtschaft/Umweltrecht sowie Direktor im Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) an der Hochschule Trier - Umwelt-Campus Birkenfeld

Andreas Sánchez Haselberger

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Mitglied des Landesvorstandes, Vorsitzender Hauptpersonalrat Gemeinschaftsschulen und Landesfachberater Gesundheitsschutz an Gemeinschaftsschulen

Anerkennungen

Der Saarländische Schulpreis zeichnet gute Praxis von Schulen aus, bei ganzheitlicher Schul- und Unterrichtsentwicklung (Hauptpreis), aber auch für besondere Profile im Rahmen dieser Entwicklung (Sonderpreise). Er richtet sich an alle allgemeinbildenden Schulen im Saarland; beteiligen können sich öffentliche und private Schulen jeder Form, ausgenommen nur die bisherigen Hauptpreisträger. Berufliche Schulen können teilnehmen, wenn sie allgemeinbildende Abschlüsse vergeben und als Vollzeitschule organisiert sind.

Es sind folgende Anerkennungen vorgesehen:

■ Hauptpreis der Schirmherrin, Ministerin für Bildung und Kultur Christine Streichert-Clivot (10.000 Euro)

■ Preis für Demokratie und Schülermitbestimmung der Landesschülervertretung (3.000 Euro)

■ Preis für Bildung für nachhaltige Entwicklung der Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (3.000 Euro)

■ Preis für Schulklima und Arbeitsplatz Schule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (3.000 Euro)

Die intensive Auseinandersetzung mit den sechs Qualitätsbereichen ist für viele Bewerberschulen ein Prozess der Selbstevaluation, der Schulentwicklungsfragen aufwerfen und zur Fokussierung beitragen kann. Schulen richten den Blick auf bereits erzielte Erfolge und bestehende Herausforderungen.

Jede Bewerberschule kann ein individuelles, persönliches Feedback durch die Expertinnen und Experten der Jury erhalten. Gemeinsam kann über Potentiale und mögliche weitere Entwicklungsziele und Perspektiven gesprochen werden.

Terminkalender, Verfahren

Ausschreibung 2. Maihälfte 2020

■ schriftlich an alle Schulen und im Internet

■ Information der Schulträger

■ Information der Medien

Bewerbungsschluss

■ 27. November 2020

Jurysitzung

■ Freitag 29. Januar 2021, 11.30 – 16.00 Uhr

Schulbesuche

■ Montag bis Donnerstag
1. – 4. März 2021

und

■ Montag bis Donnerstag
15. – 18. März 2021

Jurysitzung

■ Freitag 19. März 2021, 9.00 – 16.00 Uhr

Preisverleihung

■ Donnerstag 20. Mai 2021, 18 Uhr, Politische Akademie der Stiftung Demokratie Saarland

Alle eingereichten Bewerbungen werden von der Jury in einer Sitzung Ende Januar 2021 gesichtet und bewertet. Sie nimmt eine Auswahl der Schulen vor, die in die engere Wahl kommen. Diese werden von Juryteams im März 2021 besucht. Ein Schulbesuch umfasst in der Regel eineinhalb Tage. Den Nachmittag des ersten Tages nutzen die Expertinnen und Experten für ein erstes Gespräch mit der Schulleitung, einen Schulrundgang und Gespräche mit Elternvertretern und außerschulischen Partnern. Der zweite Tag besteht aus Unterrichtsbesuchen und Gesprächen mit Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern.

In einer zweiten Jurysitzung am 19. März 2021 werden die Ergebnisse der Schulbesuche ausgewertet und Schulen für den Saarländischen Schulpreis nominiert. In dieser Sitzung entscheidet die Jury auch, welche vier Schulen mit dem Hauptpreis und den drei besonderen Preisen geehrt werden.

In einer feierlichen Veranstaltung am 20. Mai 2021 in der Akademie der Stiftung Demokratie Saarland werden die vier Preisträger bekanntgegeben und öffentlich ausgezeichnet. ■

Bernhard Strube

Alle Unterlagen zum Wettbewerb sowie die Hinweise zur Bewerbung stehen im Internet zur Verfügung: www.sdsaar.de/profil/schulpreis und www.eltern-fuer-bildung.de



Tag der Befreiung – 8. Mai

Zum Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nazi-Regime am 08. Mai fanden trotz Corona im Saarland zahlreiche Veranstaltungen auch unter Teilnahme vieler GEW-Mitglieder statt, u. a. in Saarwellingen. Die dort gehaltene Ansprache von Waltraud Andruet drucken wir hier stellvertretend ab.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

viele der geplanten Feiern anlässlich des 75. Jahrestag des Kriegsendes fallen aus bekannten Gründen aus. Dennoch wollen wir diesen Gedenktag der Befreiung vom Hitler-Faschismus nicht einfach verstreichen lassen; deshalb haben wir heute hier in Saarwellingen dazu aufgerufen, der Opfer, die durch den Faschismus umgekommen, sind zu gedenken.

Esther Bejarano und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) haben wegen der Beschränkungen durch die Corona Pandemie zu einem dezentralen Gedenken aufgerufen und gebeten, Blumen an Gedenkortern abzulegen. Gerne greife ich diesen Gedanken auf und lege hier am Gedenkstein Blumen nieder. Außerdem hat die in Saarlouis geborene Esther Bejarano Gestern dem Bundestag eine Petition mit bislang 91.000 Unterschriften den „8. Mai zum Feiertag machen!“ übergeben. Darin fordert die 95-jährige Holocaust-Überlebende, den 8. Mai zum bundesweiten Feiertag zu machen. Das sei überfällig seit sieben Jahrzehnten, und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlag des NS-Regimes, so Bejarano. Nur in Berlin ist in diesem Jahr der 8. Mai ein einmaliger Feiertag wegen des 75. Jahrestag des Kriegsendes.

Zu Beginn möchte ich ein paar Worte äußern, bevor wir die Stolpersteine putzen. Aktionen gegen das Vergessen haben hier in Saarwellingen schon Tradition. So wurde dieser Gedenkstein am 07.11.1988 eingeweiht anlässlich der 50. Wiederkehr der Reichspogromnacht. Passender und treffender könnte kein Ort sein, als es dieses Mahnmal ist. Weil man den Schriftzug nicht gut lesen kann, lese ich den Text vor.

Zur Mahnung und Erinnerung:

In dieser Straße standen das Gotteshaus und die Schule der Synagogengemeinde Saarwellingen. Im November 1938 wurde die Synagoge zerstört. Die jüdischen Bürger mussten Saarwellingen verlassen. In den Konzentrationslagern kamen 51 Saarwellingener jüdischen Glaubens ums Leben.



Foto: Andrea Konter

Seit 2011 werden in Saarwellingen regelmäßig Stolpersteine verlegt, um den Opfern des Naziregimes zu gedenken. Mittlerweile liegen beinahe 80 Gedenksteine, die an jüdische Mitbürger in Saarwellingen erinnern, weitere werden folgen. Die Gemeinde hat anlässlich des Kriegsendes in Zusammenarbeit mit dem Gemeindearchiv, ein Buch heraus gegeben: „Flucht und Heimkehr - Wie Saarwellingen das Kriegsende erlebte“. Die Texte des Buches beruhen im Großteil auf Erinnerungen an die Nachkriegszeit von rund 30 verschiedenen Saarwellingener Autoren – es ist auch wichtig diese Erinnerungen an die Leiden der Zivilbevölkerung während des Krieges wachzuhalten. Das Buch ist erhältlich an der Infotheke des Rathauses Saarwellingen, Schloßplatz 1 oder Bestellung per E-Mail: kultur@saarwellingen.de.

Für mich als langjährigem pax christi Mitglied ist diese Erinnerungsarbeit unerlässlich. „Erinnern für die Zukunft“ so lautet ein Motto bei pax christi. Wir wissen, geschehenes Unrecht darf nicht verdrängt werden. Wir gedenken der Opfer von Krieg und Gewalt und setzen uns für Versöhnung ein. Entstanden ist die pax christi Bewegung am Ende des zweiten Weltkrieges am 3. April 1948, als französische Christinnen und Christen deutschen Schwestern und Brüdern die Hand reichten. Aus Feinden wurden Freunde im Zeichen der versöhnenden Kraft der „Pax Christ“. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten tat sich vieles zur Völkerverständigung mit Frankreich und zu allen ehemaligen Kriegsgegnern. Ich denke da an die sehr lebendigen Städtepartnerschaften, die wir mit Bourbon-Lancy und Stochov haben, an Schüleraustausche, an all die Verträge und

Vereinbarungen für ein Europa des Friedens. Das gibt Hoffnung.

Zugleich bleibt das Erinnern aber eine Herausforderung angesichts der Tendenzen in unserer Gesellschaft, diese Dinge aus der konkreten lokalen Erinnerung zu tilgen, zu relativieren oder schlicht zu verdrängen. Gleichzeitig wachsen wieder rechte, nationalistische Gedanken, rassistische, antisemitische und anti-islamistische Einstellungen, Freund-Feind-Ideologien und die Bereitschaft, militärische Lösungen für Konflikte zu suchen und zu unterstützen.

Dass unser Frieden und unser Europa nicht selbstverständlich sind, haben wir ganz aktuell durch die Schließung der Grenzen wieder schmerzhaft erfahren müssen. Deshalb dürfen wir nicht aufhören, immer und immer wieder daran zu erinnern, was es bedeutet hat, als man sich in Europa feindlich gegenüberstand.

Auschwitz ist das Synonym für den Massenmord der Nazis an den europäischen Juden und anderen Menschen, die rassistisch oder politisch ausgegrenzt und ermordet wurden. Heute werden von rechten Kräften und Neonazis die Verbrechen der Nazis entschuldigt und verharmlost. Deshalb bekräftigen wir den Antifaschistischen Konsens unseres Landes:

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Zum Schluss möchte ich mich noch bei Ihnen bedanken, dass Sie heute trotz der Corona-Einschränkungen hier erschienen sind. Danach werden wir uns aufteilen und die Stolpersteine putzen. ■

(red.)

GEW aktiv vor Ort



Virtueller 1. Mai der Jungen GEW, Foto: Max Hewer



Virtueller 1. Mai des GV, Foto: Max Hewer



GEW bei Demo "Black Lives Matter" am 06.06.2020, Foto: Max Hewer



Überreichung der Broschüre mit den Ergebnissen der Online-Umfrage "Arbeit in Kitas während der Corona-Krise" an Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot durch Birgit Jenni am 19. Mai 2020, Foto: Birgit Jenni



Virtueller Ostermarsch 2020, Foto: Max Hewer



GEW-Spende von Spielesammlungen an die Kulturinitiative SB am 23. April 2020, Foto: Birgit Jenni

Schlusswort

2020 Halbzeit!

Die erste Hälfte des Jahres haben wir geschafft.

20...20, klingt irgendwie nach Unentschieden. Wenn dies ein Spiel ist, so lässt es uns spielen. Doch wer spielt in welcher Liga gegen wen? Es geht um vieles, vielleicht sogar um alles. Kein Europacup, hier geht's um den Weltmeister. Die Sensation! Ein Neuling spielt ganz vorne mit. Corona, eine Mannschaft, jung und aggressiv, lässt die „Alten“ ganz alt aussehen, sorgte dafür, dass Armut und Reichtum früh ausgeschieden sind. Wachstum schaffte es nicht mal ins Achtelfinale, auch Wohlstand wurde von Corona ausgebremst. Tourismus musste absteigen in die Regionalliga. Bildung verlor bereits haushoch gegen Rüstung. Die hat zwar die am höchsten bezahlten Spieler, doch ihre Trainer sind längst nicht mehr Elite und Corona schoss sie einfach aus dem Rennen. Ist etwa schon Halbfinale? Wer spielt noch mit? Klima gegen Welt? Corona gegen Mensch? Ersteres droht schon zum Geisterspiel zu werden, kaum noch Fans und keiner schaut mehr hin. Das Endspiel wird es zeigen, das große Finale! Gewinnt Corona, dann hätte der Mensch verloren, der Welt bliebe noch eine Chance auf den Titel. Das hieße aber, das Klima wäre aus dem Spiel. Gewinnt der Mensch, hätte es eh keine Chance. Dann hätte Corona zwar endgültig ausgespielt, doch im Finale hieße es nun: Mensch gegen Welt. Schöne Vorstellung! Der Mensch ganz allein im unendlichen All? Ist doch alles nur ein Spiel... Vielleicht geht's auch ganz anders aus, wenn's heißt: Mal verlieren die Einen, mal gewinnen die Anderen. „Schau'n mer mal“ sagte einst schon der „Kaiser“

Und wie anfangs erwähnt: Es ist erst Halbzeit!

Harald Ley



Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zeit und Muße all den Irrsinn in dieser Welt einmal ausblenden zu können; Entspannung und Erholung, um Kraft zu sammeln, immer wieder dagegen anzugehen. Eine schöne, unbeschwerte Sommer-, Urlaubs- oder Ferienzeit wünscht euch das EuWiS-Redaktionsteam.

SAAR MOL ...

Ulla Blaß-Graf, seit 45 Jahren Mitglied der GEW: Ich bin in der Gewerkschaft, weil ...

nur eine starke Gruppierung von Interessenvertreter*innen politische Durchsetzungskraft hat.

Gewerkschaften sind ...

in unserem Bereich besonders wichtig, um zu fordern, dass die Bildungsausgaben eklatant erhöht werden: Aufstockung des Personals an den Schulen und Kindertageseinrichtungen, angemessene Ausstattung, gerechte Entlohnung der Fachkräfte in der Weiterbildung, faire Arbeitsverträge für die Hochschulangestellten.

Lernen ...

Lernklima, Lernumgebung und nicht zuletzt eine gute Schularchitektur sind ganz wesentliche Parameter für gelingendes Lernen. Engagierte Lehrer*innen, die von den Inhalten überzeugt sind, die sie vermitteln und dadurch begeistern und motivieren, sind ebenso wichtig. Lernen ist die Voraussetzung für ein reflektiertes Verhältnis zu sich und der Welt und dabei sollte das Bildungssystem die Schüler*innen in allen Bereichen unterstützen.

Bildungsaufgaben ...

Die auf Kante genähte Erfüllung des Bildungsauftrags gelingt nur unter Einbeziehung von Quereinsteiger*innen, Lehramtsstudent*innen und auf dem Rücken der vielen – meist weiblichen – Teilzeitkräfte, deren weit über das festgelegte Soll und ihre Entlohnung hinausgehende Arbeit das Gesamtsystem entlasten. Die Politik hat sich seit langem eingerichtet in einer Haltung der Defizitorientie-

rung, die Bildungsministerien erscheinen in ständiger Defensivhaltung gegenüber den Finanzbehörden und geben sich (notgedrungen?) zufrieden mit Reparatur statt großzügig geplante, an den veränderten Gegebenheiten ausgerichteten Neu-Aufbau. So wird gute Bildung mehr statt weniger in den privaten Bereich verlegt.

Das wird sich ändern müssen - oder der kommenden Generation wird die mangelnde Breitenbildung vor allem in den Bereichen Selbstbestimmung, Mitbestimmung, Solidarität, kritisches Denken, ethische Handlungsfähigkeit 'auf die Füße fallen' (siehe die USA als abschreckendes Beispiel).

Daran werde ich mich gerne erinnern ...

Als Mitglied im HPR der Gesamtschulen und als langjährige Frauenbeauftragte erst der Gesamt-, dann der Gemeinschaftsschulen habe ich Unterstützung, Zuspruch und Anerkennung erfahren. Vielen Kolleginnen konnte ich in dieser Zeit aus kniffligen Situationen heraus helfen, unter anderem mithilfe der Ausführungen des LGG und der Auslotung von Soll-Bruchstellen und juristischen Grauzonen.

Im Bundesfrauenausschuss der GEW kam es mir (und vielen anderen) darauf an, die Hälfte der Bevölkerung auch in der Sprache sichtbar zu machen; daraus entstand die Broschüre 'Eine Sprache für alle. Geschlechterbewusste Sprache in der Praxis'. In dieser Beziehung bin ich mit Sicherheit mehr als einmal durch nervendes Insistieren aufgefallen, aber der Erfolg gibt mir letztendlich Recht.

Nicht zuletzt freuen mich die vielen positiven Rückmeldungen von ehemaligen Schüler*innen, mit denen ich nun 'auf Augenhöhe' in Kontakt stehe. ■

Die GEW gratuliert allen Kolleginnen und Kollegen, die im Monat Juli und im Monat August Geburtstag haben und wünscht ihnen alles Gute.

Bei denjenigen, die in diesen zwei Monaten 25 Jahre und länger Mitglied unserer Gewerkschaft sind, bedanken wir uns für ihre Treue.



Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
wie z. B. 0,- Euro Girokonto¹ für
Berufsstarter, Zinsrabatte für
Finanzierungen und günstige
Versicherungstarife
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne
Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied bis
zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein
Girokonto; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungs-
beginn/Berufsstart. Stand: 29.01.2020.

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gew



Vorteile für
GEW-Mitglieder!



Bank

Better Banking

Folgen Sie uns   